

# Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.  
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.  
Einzelnenpreis bis 8 geplante Seiten  
seit 40 Pf.  
Telephon Nr. 585

Schriftleitung:  
Duisburg, Seitenstraße 19.  
Schluß der Redaktion: Montag  
Abend 6 Uhr.  
Bezüglich Abonnementsbestellungen  
w. sind an die Geschäftsstelle Seiten-  
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verein des Deutschen Reichs.

## Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1906.

Das Jahr 1906 trug die deutsche Wirtschaft auf einem erfreulichen Hochstand. Die großen Industrien, die Montan- und Textilindustrie, waren reichlich mit Aufträgen versehen; auch in den übrigen Gegenben war an Beschäftigungsgelegenheit kein Mangel. Die Rechnungsnachweise der großen Werke zeigten, daß zum Teil Riesengewinne erzielt wurden. Die Lebenshaltung der breiten Volkschichten hat sich beträchtlich verbessert, und nachdem große Arbeitersassen sich in den gewerkschaftlichen Organisationen sammelten, verfehlten diese ihre Aufgabe, wenn sie in solchen Prosperitätsjahren den Arbeitern nicht einen größeren Anteil an den Erträgern der Wirtschaft zu verschaffen suchten. Dessen Bestrebungen gegenüber leisteten die Untergesellen teilweise heftigen Widerstand, und die Folge waren wieder eine große Anzahl Streiks und Abschaffungen mit weit über 300 000 beteiligten Personen. Verschiedene Anzeichen deuten indes darauf hin, daß diese Kampfperiode ihren Höhepunkt erreicht zu haben scheint. Der Verband der Metallindustriellen, der sich seither gewaltig gegen jede körporelle Verhandlungsworm mit den Arbeitern geweigert hat, ist bereits daran, diesen Standpunkt aufzugeben, und auch der Bergbauliche Verein hat Ende 1906 die Eingaben der Bergarbeiterorganisationen bei weitem nicht mehr so schroff beantwortet, als bei dem gewaltigen Kampfe im Frühjahr 1905. Das Erstarken der Arbeitervorganisationen und die öffentliche Meinung haben das ihrige dazu beigetragen.

Die Gewerkschaftsbewegung hat im Berichtsjahr wieder einen bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen; auch die christlichen Gewerkschaften sind an diesem wie früher in erheblichem Maße beteiligt. So wohl an Mitgliederzahl, Leistungsfähigkeit wie innere Konsolidation stand unsere Bewegung im Jahre 1906 im Zeichen eines gewaltigen Fortschrittes. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung insgesamt dürfte nunmehr hinsichtlich der Mitgliederzahl an die Spitze aller europäischen Länder sowie der Vereinigten Staaten von Nordamerika gerückt sein.

Der wichtigste Vorgang innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung während des vergangenen Jahres ist wohl die Klärung in den prinzipiellen Grundlagen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen. Die christlichen Gewerkschaften haben auf dem Breslauer Kongress die Stellung ihrer Bewegung zu den verschiedensten Fragen offen und zusammenfassend dargelegt. Sie sind eine selbständige Gruppe von Lohnarbeitern, die die Grundlage der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung als zweckmäßig und notwendig anerkennen. Infolge der großen Umwälzungen, die das neunzehnte Jahrhundert gebracht, bildet heute der industrielle Lohnarbeiterstand Deutschlands mit seinen Familienangehörigen rund den dreifachen Teil der Bevölkerung. Es erscheint daher gezeigt, daß diesem Stande auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse ein größerer Einfluß einztritt wird. Die Berufszählung des Jahres 1905 ergab, daß damals schon 3 Millionen Personen in solchen Betrieben tätig waren, die je mehr als 50, und 1½ Millionen in Betrieben, die über 200 Personen beschäftigen.

Solchen Tatsachen gegenüber ist das Patriarchensystem im Produktionsprozeß nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die christlichen Gewerkschaften verlangen Mitbestimmung der Arbeiter bei der Gestaltung des Arbeitsvertrages, fordern ein konstitutionelles Be-

triebsystem. Die Klassenkämpfe, den Klassenhaß mit seinem die Arbeits- und Berufsszweidigkeit lähmenden Einfluß lehnen die christlichen Gewerkschaften ab. Eine extreme Scheidung der Lohnarbeiterklasse von den anderen Volkschichten halten sie sowohl im vaterländischen Interesse wie im Interesse der Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft für verfehlt. Auch die sogen. „freien“ Gewerkschaften geben im Berichtsjahr ihrem Programm eine Erläuterung. Die Massenstreidebatte innerhalb der Sozialdemokratie führte auf dem Mannheimer Parteitag zur Besprechung des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften. Das Hauptorgan dieser Gewerkschaftsrichtung, das Korrespondenzblatt der Generalkommission, schickte dieser Diskussion einige Artikel voraus, in denen gezeigt wurde:

„Die Gewerkschaften führen heute ebenso wie vor und nach dem Ausnahmegebot auf der Theorie des Klassengegensatzes zwischen Kapitalist und Arbeiter und sie erkennen den Klassenkampf als die notwendige Folge dieses Gegensatzes und die Aufhebung der Kapitalistenklasse, die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung als die einzige Lösung dieses Verhältnisses an. Au dieser Lösung mitzuwirken ist die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation nicht minder als die politische Organisation der Arbeiterklasse berufen.“

Und in Mannheim selbst wurde die Vereinigung zwischen Partei und Gewerkschaften vollzogen und besiegeln, es sei „unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung vom Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde.“ Die deutsche Arbeiterklasse weiß jetzt, woran sie ist, und auch wir haben alle Ursache, die neu geschaffene klare Situation zu begrüßen.

Im vorigen Jahresbericht wiesen wir schon darauf hin, daß manche Scharfmacher die christlichen Gewerkschaften für gefährlicher hielten als die sozialdemokratischen. Dieser Gedanke, der damals verschiedene Kreise als grotesk schien, wurde im letzten Jahre in Unternehmerkonferenzen weiter gesponnen; insbesondere will man beobachtet haben, daß die christlichen Gewerkschaften die sozialdemokratischen Forderungen zu übertrumpfen suchten. Für solch unwidrigste Seitenprünge, für die übrigens beweisreiche Anhaltspunkte nicht erbracht sind, sind die christlichen Gewerkschaften demn doch schon zu alt. Die Sozialdemokratie an Radikalismus überbietet zu wollen, hieße die christliche Gewerkschaftsbewegung geradezu zu einem Sammelbecken unberechenbarer Draufgänger machen, wodurch die zögerlichen Elemente die föhlisch doch das Rückgrat einer Bewegung bilden müssen, nur abgestoßen würden. Und das wäre der beste Weg, der christlichen Gewerkschaftsbewegung ein baldiges und sicheres Ende zu bereiten.

Bei vernunftgemäß eingeleiteten und geführten Kämpfen gegen die sozialdemokratischen Organisationen sich missbrauchen zu lassen — was manche Unternehmer als Aufgabe der christlichen Gewerkschaften ansehen — haben diese allerdings von jener abgelehnt, und diesem Standpunkt werden sie auch für die Zukunft treu bleiben. Eine andere Art Unternehmer ist der Meinung, christliche Organisationen dürfen Forderungen nicht stellen, sondern müssten des Christentums wegen ihre Mitglieder zur „stilen Bildung“ erziehen. So lassen die christlich organisierten Arbeiter den Begriff Christentum nicht auf.

Nach ihrer Meinung ist die Hauptsäule des Christentums Gerechtigkeit. Und Unternehmer, die die moderne Wirtschaftsentwicklung zu verstehen sich bemühen und in den Arbeitern vollwertige Menschen erblicken, werden bald erkennen, daß mit den christlichen Gewerkschaften sehr gut fertig zu werden ist.

Andere Kreise, die zudent den christlichen Gewerkschaften noch nie „grün“ waren, suchen in neuester Zeit dieselben wieder verstärkt als „ultramontane Organisationen“ zu verdächtigen. Es erscheint daher angebracht, bei dieser tatsächlichen und gleichzeitig weitahren Agitationsphrasie etwas zu verweilen. Geprägt wurde dieselbe von einer seltsamen Verfechterin „evangelischer Interessen“, und zwar von der Sozialdemokratie. Im rheinisch-westfälischen Industrieviertel wurden jahrzehntelang die politischen Kämpfe äußerst scharf nach der konfessionellen Seite hin geführt. Daß dadurch das Zusammenwirken der Arbeiter in gemeinschaftlichen Organisationen nicht gefördert wurde, ist naheliegend. Als dann die interkonfessionelle christliche Gewerkschaftsverein bei den Arbeitern größeren Anklang fand, suchte die rheinisch-westfälische Sozialdemokratie den durch die politischen Kämpfe beackerten Boden für ihre Zwecke auszunehmen: es wurden, um die evangelischen Arbeiter von den christlichen Gewerkschaften abzuschrecken und sie für sozialdemokratische Organisationen gefügiger zu machen, die Worte „Zentrumsgewerkschaft“ und „ultramontane Organisationen“ dem sozialdemokratischen Agitationsarsenal einverlebt. Und allmählich bedienten sich Gegner der christlichen Gewerkschaften im evangelischen Lager ähnlicher Stedwendungen. Was ist nun Wahrheit?

Mit den Gründungen der meisten Verbände christlicher Richtung, u. a. der Bauhandwerker, Metallarbeiter, Hilfs- und Transportarbeiter, Holzarbeiter, Schuh- und Lederarbeiter, Schneider, Maler, graphisches Gewerbe, Bäcker u. c. hat der „Ultramontanismus“ oder irgend eine politische Partei nicht das mindeste zu tun. Sowohl die ersten Anregungen zur Gründung dieser Verbände kamen aus Arbeiterkreisen, wie auch die Statuten und einleitenden Delegiertentage von Arbeitern selbst vorbereitet wurden. An der Gründung der Verbände der Bergarbeiter, Textilarbeiter, Lubakarbeiter u. c. haben allerdings fast alleinliche in mehr oder minder großem Maße mitgewirkt. Und das kann dieselben heute jedenfalls nur ehren. Welche dieser Mitbegründer haben heute auf die Entwicklungen der betreffenden Verbände noch irgendwelchen Einfluß? Wo sind von den Behausenden evangelischer Mitglieder diejenigen, die in jüngster Zeit langjähriger Zugehörigkeit zu den christlichen Gewerkschaften für die Zentrumspartei gewonnen oder zu gewinnen versucht wurden? Tatsache ist vielmehr, daß die Angehörigen der christlichen Gewerkschaften denjenigen Parteien, denen sie vor ihrer Mitgliedschaft angehörten oder zu denen sie hinneigten, von verschwindenden Ausnahmen vielleicht abgesieben, zum großen Verges der Sozialdemokratie trengelassen sind. Im sozialdemokratischen Gewerkschaftslager dagegen wird es als etwas selbstverständliches angesehen, daß die Erziehungarbeit der Gewerkschaften — und diese wird entsprechend gehandhabt — zur Sozialdemokratie führen müsse. Und hunderttausende deutscher Arbeiter wurden denn auch tatsächlich durch die Gewerkschaftsbewegung der Sozialdemokratie zugeführt. Auf dem Zürcher Parteitag führte der Abg. Bebel aus:

„Die Gewerkschaftsblätter und Redner haben die Pflicht, immer wieder ihren Mitgliedern zu sagen: Ihr seid Arbeiter und als solche Staatsbürger, und als Staatsbürger an allen Fragen der Gesetzgebung interessiert. Wenn so an der Auseinandersetzung gearbeitet wird, dann mache ich mich anhängig, ein Gewerkschaftsblatt das ganze Jahr hindurch so zu redigieren, daß das Wort Sozialdemokratie nicht fällt und die Leute doch Sozialdemokraten werden.“

Diese vorsichtige Art wird zudem nicht einmal allgemein gewählt. Die betreffenden Organisationen werden somit mit Recht als sozialdemokratische Gewerkschaften bezeichnet. Von Interesse ist schließlich auch, daß dasselbe sozialdemokratische Blatt, das schon seit Jahren die christlichen Gewerkschaften als „Zentrumsgewerksvereine“ verdächtigte, nach der letzten Reichstagswahl das Folgende schrieb:

„In Düsseldorf kämpften die Christlichen für einen Freiheitsmann, in Barmen-Essenfeld für einen Reichspartei, in Bielefeld-Wiedenbrück und in Bochum-Gelsenkirchen für einen Liberalen. Einen Unterschied für die Partei gibt es für die christlichen Biedermann nicht mehr; sie würden für den Teufel eintreten, wenn sie sicher wären, damit einen Sozialdemokraten zu Fall zu bringen.“ (Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ Jahrgang 1906, Nr. 53).

Lediglich agitatorische Gründe bestimmten somit die Sozialdemokratie, die christlichen Gewerkschaften als „Zentrumsgewerksvereine“ zu benanzen. Die Nachbeter dieser Agitationsphrasen außerhalb des sozialdemokratischen Lagers haben anscheinend über deren innere Haltlosigkeit noch nicht ernstlich nachgedacht. Die christlichen Gewerkschaften könnten nämlich gar nichts Törichteres tun, als sich für eine Partei festlegen, für die ihnen die Macht fehlt, sie zu beherrschen. Obwohl die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung mit mehr als 1½ Millionen Mitgliedern sich einseitig der Sozialdemokratie verschrieben hat und man daher annehmen sollte, daß sozialdemokratische Parteipolitik und gewerkschaftliche Taktik Differenzen gegenwärtig auslöschen, wurzelten die neuerten schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie an dem Widerspruch zwischen Parteidoktrin und gewerkschaftlicher Wirklichkeit. In viel stärkerem Maße würden sich die christlichen Gewerkschaften zwischen zwei Stühle setzen, wollten sie sich für eine der bürgerlichen Parteien entscheiden. Nachdem aber viele Lebensfragen der Gewerkschaftsbewegung mit der Gesetzgebung verwachsen sind und neben der Sozialdemokratie die Gründung einer anderen Arbeiterpartei aussichtslos erscheint — die Frage der Zweck- oder Unzweckmäßigkeit kann hier unerörtert bleiben — kann es für die christlichen organisierten Arbeiter gar nichts anderes geben, als in den verschiedenen Parteien für ihre Bemühungen zu kämpfen. In diesem Sinne schrieben wir nach der letzten Reichstagswahl:

„In den meisten bürgerlichen Parteien ist für fortgeschrittenere und weniger fortgeschrittenere Elemente Platz. Die Wähler einer Partei haben daher den Verzügung im neuzeitlichen Sinne in der Hand. Kandidaten, die für die moderne Arbeiterbewegung kein Verständnis besitzen, müssen eben durch andere erzeugt werden. Wo die Arbeitengrößte Wählermehrheit darstellen, trägt man zweifellos deren bezüglichen Forderungen Rechnung. Unsere Freunde müssten sich nur bemühen, innerhalb der ihnen zugehörenden politischen Partei Einfluss zu gewinnen.“

Das ist das „parteipolitische“ Programm unserer Bewegung. Darauf wird den Angehörigen der verschiedenen nichtsozialdemokratischen Parteien in den christlichen Gewerkschaften das gleiche Bürgerrecht eingetragen wie denen, die sich zur Zentrumspartei bekennen. „Die konfessionellen und parteipolitischen Streitfragen bleiben vor der Türe der christlichen Gewerkschaftsversammlung,“ sagte mit Recht Herr Dr. Wumm in dem in der letzten Nummer des Centralblattes zitierten Artikel. Mögen sich sowohl recht viele Arbeiter, die sich nicht zur Zentrumspartei bekennen, den christlichen Gewerkschaften anschließen und dort über die Durchführung dieser Grundsätze wachen.

In den letzten Monaten wurde die Gründung sogenannter „westfälischer Arbeitervereine“ in den verschiedensten Gebieten Deutschlands energisch betrieben. Daß die Bäume dieser überflüssigen Neugründung nicht in den Himmel wachsen, dafür werden die organisierten Arbeiter sorgen. In einem Lande, in dem schon mehr als zwei Millionen Arbeiter gesellschaftlich organisiert sind und diese, wie die Erfahrung lehrt, in den entscheidenden Situationen die feste Arbeitskameraden mit sich reißen, ist der Zeitpunkt für derartige Gründungen schon reichlich spät. Arbeit in größerer Zahl werden sich für die „westfälischen Arbeitervereine“ ebenso wenig finden, wie die „katholischen Fachabteilungen“ trotz intensiver Agitation solche nicht zu sammeln vermöchten. Es liege den gefundenen Einu der deutschen Arbeiterwelt tief einzuhängen, annehmen zu wollen, daß nach dem die gewerkschaftlichen Erfolge der letzten Jahre in offensichtlich vorliegen für solche Personen und

Organisationen sich noch ein breiterer Boden finde. Die 60 Jahre deutscher Pressefreiheit und 40 Jahre allgemeinen direkten Wahlrechts müssen spurlos an gespen Massen vorbeigegangen sein. Die Sozialdemokratie verfügte bei der letzten Reichstagswahl über 3½ Millionen Stimmen, den mit ihr verbündeten Gewerkschaften gehörten gegenwärtig 1 800 000 Mitglieder an. Und dieser Bewegung glaubt man mit jenen faulen Gründungen begegnen zu können. Verständnislosigkeit des Bürgertums gegenüber den Bestrebungen der Arbeiter haben der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts den Weg gebahnt. Anstatt nach dieser Erfahrung mitzuwirken, an der Verbreitung des Gedankens, daß die Vertretung bereits bestandiger Arbeitersforderungen mit der Sozialdemokratie nichts gemein habe, und damit der sozialdemokratischen Bewegung eine selbstbewußte, kraftsprühende christlich-nationale Arbeiterbewegung entgegenzusetzen, wird durch derartige Gründungen der sozialdemokratischen Agitation geradezu wieder in die Hände gerückt.

Was uns nötigt, ist: die Kraft der christlich-nationalen Arbeiterwelt zu konzentrieren, anstatt sie zu zerplättern. Arbeitergruppen, bei denen man jeden Allesfeindinstinkt, jedes Selbstbewußtsein — diese Elementarforderungen höherer Bewegungen — fernzuhalten sucht, lassen sich weder zu Eroberungsarmeen erzählen, noch sind mit denselben bedeutungsvolle Schlächten zu schlagen. Den Gedanken, die sozialdemokratische Bewegung mit Bajonetten ausrotten zu können oder mit kraft- und lastlosen Vereinigungen derselben Herr zu werden, sollte man endlich einmal aufgeben. Damit sind höchstens einmal Vierglücksfolge zu erzielen. Die Befürworter der „westfälischen Arbeitervereine“ wollen indes überhaupt keine Arbeiterbewegung. Wenn es ihnen darum zu tun wäre, die beteiligten Bestrebungen der Arbeiter durchgeführt zu sehen und dadurch der sozialdemokratischen Bewegung Abbruch zu tun, dann müßten dieselben die christlichen Gewerkschaften unterstützen. Welches sind denn die Organisationen, die neben den sozialdemokratischen Verbänden in den letzten Jahren einen bedeutenderen Mitgliederzugang zu verzeichnen hatten? Doch nur die christlichen Gewerkschaften.

(Fortsetzung folgt in nächster Nummer.)

nach vielleicht zwei Jahren sehen, wie wenige Mitglieder ihnen ihre Freundschaft mit den evangelischen Arbeitervereinen gebracht, wie sie dagegen alte freifinnige Kreise zurückgestoßen hat, so dürfen sie ohnedies sich wieder leise zurückziehen, wie ihre Aktion in den katholischen Kreisen, die vorangegangen war, ziemlich ertraglos geendet hat.

Die Gefahr der vom national-sozialen Flügel der Hirsch-Dunderschen getragenen Aktion liegt in der Minderung der evangelischen Schlagkraft in der christlichen Arbeiterbewegung, und darum kann ich nicht zum stummen Hunde werden. Es liegt — das muß in diesem Zusammenhang gesagt werden — dem „Reich“ fern, der Mund irgend einer Organisation zu sein: weder der evangelischen Arbeitervereine noch der christlichen Gewerkschaften. Eine Zeitung wie „Das Reich“ muß viel zu viel kämpfen, viel zu schnell handeln, als daß irgend eine Organisation durch sie gebunden werden könnte. Umgekehrt kann auch „Das Reich“ keinerlei Weisungen von den Organisationen empfangen. Nur wenn beide Teile sich voller Unabhängigkeit in ihren Entscheidungen erfreuen, ist eine geistliche Waffenbrüderlichkeit, die auf fachliche Gemeinschaft des Grundtriebes ruht, möglich. Zurzeit ist „Das Reich“ so wenig sprachroh der Leitung der evangelischen Arbeitervereine, daß es viel eher in der Gewerkschaftsfrage Opposition gegen die Leitung ist, deren Mitteilung ihm als unhaltbar und schädlich erscheint. Das trittliche Recht der Zeitung, zu großen öffentlichen Fragen frei und klar Stellung zu nehmen, wird sich die Zeitung von keinem Menschen verbieten lassen, sie ist aber auch überzeugt, keinerlei Mittel für das Vorandrängen ihres eigenen Programms zu haben wie die freie Überzeugungskraft der Sache selbst.

Wir Evangelischen sind ohnedies nicht übermäßig früh aufgestanden zur Förderung der christlichen Gewerkschaften. Wir müßten sowohl in der Mitgliederzahl wie in der Zahl der Beamten weiter sein, als wir sind, wenn wir den protestantischen Anteil, der Bevölkerung in Betracht ziehen. So stark, wie die Evangelischen im Leben des deutschen Volkes sind, müßten sie auch in der christlichen Arbeiterbewegung sein. Die Voraussetzung dazu aber ist die Geschlossenheit.

Den Kampf der Richtungen in der evangelischen Theologie empfinde ich überaus schwer und nehme sehr bestimmt die Stellung darin ein. Aber in die christliche Gewerkschaftsbewegung wünsche ich weder den Kampf der Richtungen noch den Kampf der Parteien hineingetragen zu sehen. Ich werde auf kirchlichem Gebiet meinen Mann stehen im Kampf gegen den theologischen Radikalismus. Aber wenn ich in der Gewerkschaftsbewegung mit Katholiken zusammengehen kann, kann ich auch mit radikalen Protestanten dort zusammengehen. Ich bin im politischen Kampf nicht zaghafte, den Liberalen entgegenzutreten, in der christlichen Gewerkschaftsbewegung aber münche ich denen, die politisch liberal stehen, genau jenes Bürgerrecht, wie ich es für die Christlich-Sozialen fordere. Die konfessionellen und die parteipolitischen Streitfragen bleiben vor der Türe der christlichen Gewerkschaftsversammlung. Hier gilt es gegen die organisatorische Neuerung der Sozialdemokratie die auch nach ihrer politischen Niederlage fortbesteht, ja verdächtigt fortbesteht, und gegen den die maßtvoll und still voranschreitende Organisation der Arbeitgeber alle Kräfte zusammenzufassen. Wenn der Protestantentag mit Vic. Traub sich daher den christlichen Gewerkschaften freundlich gegenüberstellen soll, wie Professor Dr. Baumgarten vor längerer Zeit ein freundliches Wort über sie sagte, wenn Dr. Harnack dem Stürmen und Drängen jüngerer Mitglieder seines Kongresses gegenüber sein freundliches Wohlwollen gegenüber den christlichen Gewerkschaften behalten hat, so ist das unter dem gewerkschaftlichen Gesichtswinkel nur zu begrüßen und wir zitieren gern das Wort, das Dr. Harnack in Straßburg sprach:

„Wir ist nicht zweifelhaft, daß eine abwartende Neutralität nicht ausreicht, daß wir vielmehr allen Grund haben, die christlichen Gewerkschaften in der Entwicklung, in welcher sie jetzt begriffen sind, — nämlich sich streng auf ihre eigentliche soziale Aufgabe zu beschränken — lebhaft zu begrüßen und diese Entwicklung kräftig zu fördern, mögen wir politisch konservativ, oder liberal, kirchlich frei oder gebunden sein. Einsteilen kann ich aber noch nicht im Namen des Kongresses so sprechen, verkenne auch nicht, daß sich die christlichen Gewerkschaften noch nicht von allen bedeutsamen Verengungen einer früheren Zeit befreit haben. Ich hoffe aber, daß wird bald durch die eingeschlagene neutrale Entwicklung der christlichen Gewerkschaften, von der ich sprach, zu einer einheitlichen Einstellungnahme geführt werden, und werde unterdessen die Förderung der Sache stets im Auge behalten.“

Die Worte sind im einzelnen einsehbar, im ganzen aber freudig zu begrüßen gegenüber der Tatkraft der Jungliberalen, die christlichen Gewerkschaften als „Vorläufer“ zu verdächtigen. Die christliche Gewerkschaft darf nicht daran, die Grundsätze der evangelischen Arbeiter einzuziehen, wenn sie es als Ziel aufstellt, daß diese ihre Mitglieder mit keiner anderen Gewerkschaftsrichtung als

die christliche hinzweist. Ja, ich meine, gerade diese jüngsten, die theologisch und parteipolitisch anders stehen als ich, sollten sich dahinter machen, daß auch sie ihre Gejähnungsgegenossen in dieser mächtig aufstrebenden Bewegung haben, von der sie sich doch sagen können, daß sie in Zukunft noch viel mehr bedeuten wird, wie in der Gegenwart. Wer mit Angst auf den „Einfluß“ meiner Weltanschauung in der Gewerkschaftsbewegung sieht — ich muß immer stillvergnügt lächeln, wenn ich sehe, was alles auf mein Konto geschrieben wird — wirkt mir am sichersten entgegen, indem er selbst gleichgesinnte Arbeiter veranlaßt, durch die weit geöffneten Tore der christlichen Gewerkschaftsbewegung einzutreten und dort jeden Verstoß nach Seiten der Konfessionspolitik oder Parteipolitik, wenn er vorkäme, zu rügen.

Die evangelische Arbeiterbewegung und die christliche Gewerkschaftsbewegung gehören zusammen, ohne daß damit die eine oder die andere sich parteipolitisch bändigt.

Das muß auch nach der andern Seite hin gesagt werden. Es gibt evangelische Arbeiter, die ungeduldig werden, und weil sie nicht die evangelische Arbeiterbewegung in ihrer Großzügigkeit, sondern in ihrer oft recht kleinen Alltäglichkeit vor sich sehen, keine Freude an dieser Bewegung mehr haben. Demgegenüber verbleibe ich bei der Auffassung des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften: Alle evangelischen christlichen Gewerkschafter gehören in den evangelischen Arbeiterverein. Je mehr sie dort Wurzel schlagen und treulich mitarbeiten, je mehr wird auch die Entwicklung der evangelischen Arbeitervereine dahin gehen, daß für sie nur eine Gewerkschaftsbewegung, nämlich die christliche existiert. Allerdings werden die evangelischen Arbeitervereine in der gewerkschaftlichen Zeit etwas anderes sein als in der vorgewerkschaftlichen Zeit. Und ganz ohne Rüntor kann solche tiefgreifende Entwicklung nicht abgehen. Aber ich freue mich doch jedes Falles, wo sich der Prozeß ohne Rüntor vollzieht. Denn nur die Feinde aller christlichen Arbeiterbewegung haben ihre Freude am inneren Streit. Sind heute zu viel Theologen in leitenden Stellungen — ich gestehe es zu, es ist ein schwerer Mißstand, — nun so mögen aus der Arbeiterschaft selbst von Jahr zu Jahr mehr aufgeklärte und führende Persönlichkeiten entstehen, die in voller Selbstlosigkeit fähig zur Zügelführung sind. Nur auf diesem Wege kann geistliche Frucht entstehen. Solche tiefgreifende Umwandlung vollzieht sich nicht von heute auf morgen.

Und fruchtbare Mitarbeit in den evangelischen Arbeitervereinen ist nur da, wo man sie in ihrer Eigenart und Bedeutung anerkennt. Wer in ihnen nur die Hilfsgruppe oder den Fischteich der christlichen Gewerkschaften sähe, würde sie sehr verfehlten. Über welcher aufgeklärte evangelische Gewerkschafter täte das? Nein, die christliche Gewerkschaftsbewegung erkennt durchaus die eigene und dauernde Bedeutung der konfessionellen Arbeitervereine an. Dass der Arbeiter eine Seele hat, das ist die unendlich große Wahrheit, die immer wieder dem Volke ausersehen werden muß, das unter der seelenlosen gewerkschaftlichen Arbeit leidet. Seelorge im umfassendsten Sinne des Wortes ist die Aufgabe der evangelischen Arbeitervereine. Und nur in der konfessionellen Geschlossenheit kann diese Aufgabe sich vollziehen. Heute noch stehen die christlichen Gewerkschaften im Bödengrund. Aber es kommt die Zeit, da konfessionelle Arbeitervereine wichtiger sein werden als die Gewerkschaftsbewegung. Ist erst ein erträgliches Arbeitsverhältnis durch die Gewerkschaften auf der ganzen Linie geschaffen, so kommt erst die größte Zeit der konfessionellen Arbeitervereine.

Den Kampf des Tages wollen wir nicht scheuen. Über wir wollen dabei die großen, einigenden Linién allemal kräftig betonen."

Soweit Herr Vic. Mumm. Im Zusammenhang mit diesen trefflichen und beherzigen Werten bringt „Das Reich“ Nr. 217 dann folgenden weiteren Artikel:

#### „Evang. Pfarrer u. christliche Gewerkschaften.“

Unser Artikel in Nr. 204 zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung aus der Feder von Vic. Mumm bringt das „Deutsche Pfarrerblatt“ (Ausgabe 18000), das sämtlichen evangelischen Pfarrern Deutschlands zugeht, an leitender Stelle zum Abdruck und bemerkt dazu:

„Das ist ein Wort zu rechter Zeit. Möchten alle Amtsbrüder, die noch bedenklich beiseite stehen, in die uns von der christlich-nationalen Arbeiterbewegung bargebotene Hand einschlagen! Möchte der Pfarrerstand bald die große Stunde erleben, in der er sich einmütig aufrichtet und Hand anlegt, um diese Bewegung zu fördern. Er dient damit nicht nur dem Arbeiterstande, er dient der Kirche und dem Vaterlande.“

Dieser Schlusshahnung, der wir aus voller Seele zustimmen, schüttet der Herausgeber, Pfarrer Nocht, noch die Anregung voraus, daß der kommende Pfarrertag in Hannover in diesem Sinne Stellung nehmen möge.

Ich halte eine klare Stellungnahme dazu für

der Kirche wünschenswert. Die christlich-nationalen Arbeiter verstehen es nicht, wenn sie das christliche Panier entrollen und die Schmach und Kämpfe, die damit verbunden sind, freudig tragen wollen, der evangelische Pfarrer und die evangelische Kirche aber stehen nicht geschlossen hinter ihnen. Sie verlieren das Vertrauen zu uns, vielleicht auch die Freudigkeit zum Kampf. Aber auch um dieser Arbeiterbewegung selbst willen ist eine klare Stellungnahme erforderlich. Hat das Himmelreich Sauertheigskraft, die das ganze Weltleben durchdringen und durchheiligen soll, so muß es sie vor allem auch an der Arbeiterbewegung erweisen, die sich christlich nennt. Hören wir Klagen, daß das christliche doch nicht überall in Fleisch und Blut übergegangen sei, so liegt ja doch keine andere Aufgabe uns näher, als die, mit dafür zu sorgen, daß dem christlichen Namen auch immer mehr das Wesen entspricht. Die Geistlichen können nicht Führer der christlichen Gewerkschaften sein. Das ist die Aufgabe der Arbeiter selbst und der von ihnen angestellten Beamten. Aber wir können doch auf diese und die Mitglieder der Gewerkschaften, vor allem dadurch, daß wir sie für die evangelischen Arbeiter-, Männer- oder Volksvereine einnehmen, dahin Einfluß üben, daß sie sich vom christlichen Geiste bei ihrer Gewerkschaftsarbeit erfüllen und treiben lassen.

Diese Ausgaben treten an die Geistlichen in unseren Tagen, ich möchte sagen in jeder Gemeinde heran. Wo gäbe es nicht wenigstens Maurer, Zimmerleute, nach denen eine Gewerkschaft ihre werbende Hand ausstreckt? Sie sind dringlich vor allen, wo eine größere Zahl von industriellen Arbeitern wohnt. Es ist höchste Zeit, daß wir uns darüber klar werden, ob und wie wir sie zu lösen haben, damit nicht christentumseindliche Gewerkschaften unsere Gemeindeglieder unter ihren Einfluß bringen, ehe wir überhaupt etwas davon ahnen, daß dort, wo der Kampf schon geführt wird, der Mut gestärkt und der Kampf christlich geführt wird; endlich damit, wo sich christlich gesinnte Arbeiter widerwillig unter das Foch einer christentumseindlichen Gewerkschaft beugen und die Hände in der Tasche ballen, Mut zur Lösung und zum Kampf erwacht.

Warum steht nun mancher abwartend dieser Frage gegenüber? Warum trägt man Gedanken, diese meiner Meinung nach wichtigste Angelegenheit einem Pfarrertage zu unterbreiten? Ich glaube, man fürchtet vor altem den Widerstreit der theologischen Richtungen. Man identifiziert die christlich-nationalen Arbeiterbewegung und christliche Gewerkschaft mit der Christlich-Sozialen Partei und der positiven Richtung. Man denkt an die Namen Stöcker, Weber, Mumm, und fürchtet, eine Verhandlung dieser Frage könne in eine zu enge politische und theologische Verbindung mit ihrer Richtung führen wollen, und das würde einen so heftigen Widerstreit anders gesinneter erwecken, daß eine friedliche Versöhnung nicht möglich sei.

Ich halte diese Befürchtung nicht. Ich habe vielmehr die Überzeugung, daß wir Geistlichen in den Pfarrervereinen im Laufe der Jahre gelernt haben, uns untereinander auch über Fragen zu verständigen oder doch wenigstens saiedlich, friedlich auszusprechen, über welche die von uns vertretenen Richtungen und Parteien in schroffem Widerstreit stehen. Durch solch eine Aussprache lernt man den gegenteiligen Standpunkt besser würdigen; kann man ihn auch nicht einnehmen, kann man doch die gemeinsame Überzeugung ehren. Das ist ja der große Segen der Pfarrervereinarbeit, daß die Amtsbrüder, welche sich auf so vielen Arbeitsgebieten ohne Rücksicht auf Richtung und Partei brüderlich zusammenfinden und erfolgreich zusammen arbeiten, dann auch über strittige Fragen sich ruhig aussprechen und vielleicht auch verständigen können.

Aber ich glaube gar nicht, daß die Förderung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu den strittigen Fragen innerhalb des geistlichen Standes gehört. Dass die Arbeiter ihre Interessen auf christlichem und nationalem Boden vertreten, wie es die christlichen Gewerkschaften tun, kann doch keinem evangelischen Geistlichen zuwider sein; er muß es doch fördern, zumal wenn er selbst wie die Mitglieder der Pfarrervereine für sich das Recht auch in Anspruch nimmt, für Besserung seiner Lage, soweit es notwendig ist, durch Zusammenschluß mit anderen einzutreten. Ebenso kann die Förderung evangelischer Arbeiter-, Männer- und Volksvereine den Geistlichen aller Richtungen nur erwünscht sein, ja, sie können sich recht wohl zu gemeinsamer Arbeit vereinigen, wenn sie nur das wirklich religiöse und Christlich-Gütliche in den Vereinen pflegen wollen. Die Lösung der Arbeitervereine: „Habt die Brüder lieb, fürchtet Gott ehret den König!“ wird doch von keinem unter uns abgelehnt. Wenn nur alle weniger miteinander streiten und mehr miteinander arbeiten wollen, würde es wohl gehen.

Dass die Frage der Förderung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung keine strittige Frage unter den Geistlichen sein kann, wenn wir sie nur recht klar ins Auge fassen und recht nüchtern behandeln wollen, bestätigt mir der Artikel von Vic. R. Mumm-Vienna, den ich in

Nr. 204 vom 5. Juni im „Reich“ zu meiner großen Freude lese.“

Das wäre eine große Stunde, wenn evangelische Pfarrerstand und christliche Arbeiterschaft sich fänden zu voller Freudigkeit gemeinsamen Wirkens an unserem Volksleben!

## Lebensmittelpreise und Arbeitslohn.

Die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebens- und Futtermittel im Monat Mai 1907 betrugen in Preußen nach der Stat. Rott. für 1000 Kilogramm: Weizen 2 (im April d. J. 187, im Mai 1906 177) Mark, Rogg 192 (172 bzw. 158) Mt., Gerste 170 (164 bzw. 158) Mt., Hafer 192 (180 bzw. 166) Mt., gelbe Erbsen 249 (248 bzw. 237) Mt., weiße Speisbohnen 316 (311 bzw. 332) Mt., Linsen 575 (550 bzw. 508), Kartoffeln 71,1 (63,9 bzw. 45,1), Fleischstroh 52,2 (49,8 bzw. 52) Mt., Heu 58,2 (550 bzw. 51,8) Mt., Rindfleisch im Großhandel 1279 (1270 bzw. 1203) Mt., im Kleinhandel für 1 Kilogramm Rindfleisch von der Keule 1,61 (1,62 bzw. 1,58) Mt. vom Bauche 1,37 (1,38 bzw. 1,33) Mt., Schweinefleisch 1,39 (142 bzw. 1,64) Mt., Kalbfleisch 1,61 (1,62 bzw. 1,62) Mt., Hammelfleisch 1,62 (1,62 bzw. 1,62) Mt., Isländisch geräucherten Speck 1,63 (1,69 bzw. 1,86) Mt., Eßbutter 2,45 (2,44 bzw. 2,43) Mt., Isländisches Schweineschmalz 1,59 (1,65 bzw. 1,78) Mt. Weizenmehl zur Speisebereitung 34 (32 bzw. 31) Pf. Roggenmehl 30 (28 bzw. 27 Pf. für 1 Schod Et. 3,34 (3,48 bzw. 3,33) Mt.

Die Getreidepreise haben sich im Mai d. J. noch bedeutend erhöht. Die Erhöhungen gegen den Vormonat betragen beim Weizen: in Posen 39, in Gleiwitz und Paderborn 21, in Danzig und Breslau 18, in Koblenz und Aachen 17, in Hannover 17, in Bromberg, Görlitz und Kiel 15, in Königsberg i. Pr., Frankfurt a. d. O., Stralsund, Magdeburg, Osnabrück und Neuss 15, in Kassel 13, in Köslin und Halle a. S. 11, in Hanau 9 Mt.; beim Roggen: in Paderborn 30, in Aachen 24, in Polen und Görlitz 25, in Gleiwitz und Osnabrück 24, in Breslau und Halle a. S. 23, in Danzig, Magdeburg und Neuss 22, in Stettin 21, in Frankfurt a. d. O. und Koblenz 20, in Hannover 19, in Trier 18, in Bromberg und Stralsund 17, in Kassel 16, in Königsberg i. Pr. und Kiel 14, in Köslin 12, in Hanau 10 Mt. bei der Gerste: in Königsberg i. Pr. 26, in Osnabrück 22, in Görlitz 12, in Köslin und Berlin 11, in Danzig 10, in Koblenz 8, in Gleiwitz, Stralsund und Hannover 7, in Polen und Kiel 6, in Breslau 5, in Bromberg 4, in Frankfurt a. O. und Paderborn 2, in Kassel und Hanau 1 Mt., beim Hafer: in Stralsund 18, in Aachen 17, in Königsberg i. Pr., Danzig, Gleiwitz und Halle a. S. 15, in Magdeburg 14, in Breslau und Stettin 13, in Görlitz, Berlin, Osnabrück, Paderborn, Koblenz und Neuss 12, in Köslin, Polen, Kiel und Hannover 14, in Cassel 10, in Frankfurt a. O. 9, in Hanau 8, in Bromberg 5 Mt.

Also Preiserhöhungen auf der ganzen Linie! Selbstredend leiden hierunter in erster Linie die Angehörigen der minderbemittelten Stände, Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte. Fürchterlich ist nun zunehmend durch Gehaltserschöpfung resp. Leistungszulagen der schlimmste Mißstand besiegelt worden, wogegen die Arbeiter, Handwerker und Privatbeamten durchweg die Lasten allein zu tragen haben. Wenn mit Rücksicht auf die Versteuerung der Lebensmittel die Arbeiter einen Ausgleich in Form von Lohnerschöpfungen fordern, dann wird über die Begehrlichkeit der Arbeiter losgelöst, ohne zu berücksichtigen, daß diese vielfach durch die Not zu höheren Forderteungen gezwungen sind.

Einen geradezu komischen Eindruck macht es auf jeden sozial denkenden Menschen, wenn er sieht, wie die „Verbesserung“ der Standeslage der Arbeiter an der Hand der Steuerstatistik nachgewiesen werden soll. Wenn da durch die immer schärferen Anspannungen der Steuerstrafe etwas mehr herausgepreßt wird, dann heißt es sofort: Die Lage der Arbeiter ist gestiegen, sie haben so und so viel Mehreinnahmen erzielt. Wer obige Zahlen aufmerksam durchliest, wird zugeben müssen, daß selbst da, wo eine kleine Lohnerschöpfung eingetreten ist, diese durch Steigerung der Lebensmittelpreise und aller sonstigen Verbrauchsartikel längst aufgewogen worden ist.

Unterstellt ist es, die Arbeitslöhne und die Lebensmittelpreise aus der guten alten Zeit, dem finsternen Mittelalter, mit den heutigen zu vergleichen. In einem kürzlich im Verlag von R. Voigtländer in Leipzig erschienenen Buche, sagt der Verfasser S. A. Lux wie folgt:

„Um das Jahr 1400 erhielt ein gewöhnlicher Tagelöhner 6–8 Groschen Wochenlohn. Nach dem

Damaligen Geldwert kostet ein Schaf 4 Groschen, ein Paar Schuhe 2 Groschen; der Wochenlohn entsprach daher einem heutigen Geldwert von 30 Pf. Für die Lohnbeilage der damaligen Handwerksgesellen setzte zum Beispiel die sächsische Landesordnung fest: „Für einen Handarbeiter kostet wöchentlich 9 neue Groschen, ohne Kosten 16 Groschen. Den Werkleuten sollten zu ihrem Mittag- und Abendmahl nur vier Eßsen, an einem Fleischtag eine Suppe, zwei Fleisch und ein Gemüse; auf einen Freitag und einen anderen Tag, da man nicht Fleisch isst, eine Suppe, ein Essen Kürne und dörre Fische, zwei Bogenmüse; so man fasten müsse, fünf Eßsen, eine Suppe, zweierlei Fisch und zwei Bogenmüse und hierüber 18 Groschen, den gemeinen Werkleuten aber 14 Groschen wöchentlicher Lohn gegeben werden; so aber dieselben Werkleute bei eigener Kost arbeiten, so sollte man dem „Polierer“ über 27 Groschen und dem gemeinen Maurer usw. über 23 Groschen nicht geben.“ Da außer den streng gehaltenen Sonn- und Feiertagen auch der Montag als sogenannter „blauer Montag“ von den Gesellen als freier Tag zur Bejorgung ihrer eigenen Angelegenheiten beansprucht wurde, so ergab sich pro Woche eine bloß vier tägige Arbeitsszeit, die auch an diesen Tagen geregelt war. Zur weiteren Verteilung der Lohnhöhe trug der Preiswert eines honzen Schüssels Korn dienen, der nur 6 Groschen 4 Pfennig kostete. Güte und Preis der Lebensmittel standen unter Stadtkontrolle. Gewicht, Preis, Qualität waren, bei sonstiger strenger Strafe, genau vorge schrieben. Besonderes Gericht legten die Genossenschaften auf die Qualität der Erzeugnisse in Material und Ausführung.“

Es nutzt unseren Arbeitern jedenfalls eigentümlich an, wenn sie hören, daß ihre Kollegen vor 500 Jahren für gewöhnliche Tagelohnarbeit nur 6–8 Groschen Wochenlohn erhalten haben, das klingt wenig, aber es muß bedacht werden, daß für diesen Lohn 1½–2 Schafe, oder 3–4 Paar Schuhe angeknüpft werden konnten. Dass dieses bei den heutigen Verhältnissen nicht möglich ist, ist selbstredend. Der Verfasser des oben zitierten Buches vergleicht den Lohn von damals mit einem heutigen Lohn von 30 Mark pro Woche, welcher selbstredend nur von einem geringen Prozentsatz der Arbeiter erreicht wird. Wie sehr sich da die Lage der Arbeiterfamilien verschlechtert hat und daß eine Besserung der Lage unabdingt eintreten muß, ist klar. Wenn dieses aber zugegeben werden muß, so muß auch das einzige Mittel, das den Arbeitern zur Verfügung steht, anerkannt werden und dieses ist die Organisation!

Wir fordern deshalb die Arbeiter wiederum auf, die Zeichen der Zeit zu erkennen und sich den christlichen Berufsgemeinschaften anzuschließen. Nur wenn dieser Rat befolgt wird, wird es möglich sein, einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen.

## Aus der Metallindustrie.

Die Hütte bei Hannover, kann wieder auf ein erstaunliches Geschäftsjahr zurückblicken. Nach dem vorliegenden Geschäftsbericht wurde ein Rohgewinn von 5 658 225 Mark erzielt. Der Reingewinn beziffert sich nach den tatsächlichen Abzügen f. z. Infrastrukturen des Werks-Anlagen und Abschreibungen auf die Riesensumme von 2 292 668 Pf. Davon liegen 277 867 Pf. als Zantien und sonstige Vergütungen in die Taschen der Herren Aussichtsräte und höheren Angestellten, während die Aktionäre die Summe von 3 984 075 Pf. oder 60 Proz. in Buchstaben: Schätz 9 Prozent Dividenden beziehen. Das Peiner Walzwerk, das ebenfalls der Gesellschaft gehört, erzielte einen Umsatz von 986 327 Pf. In dem Halbjahr vom 1. Juli bis Ende Dezember 1906 betrug der Rohgewinn des Peiner Walzwerks 4 025 860 Pf. Die genannten Werke beschäftigen insgesamt etwa 5400 Arbeiter.

Und was haben die Arbeiter von diesem Siegesjahr mitbekommen? Gar nichts oder aber sehr wenig! Die Arbeiter sind nämlich einsichtig genug, sich mit sogenannten „Wohlfahrtsseinrichtungen“ einzuleben und die gewünschten Rechte zu den Aktionären allein zu überlassen. Die Organisation hat bei den Arbeitern der Hütte noch keinen Faden gewinnen können und so lange dieser Zustand von den Arbeitern nicht gebeendet wird, so lange wird der Segen der letzten Jahre den Unternehmern allein in den Sack jagen. Die von der Hütte geschaffenen „Wohlfahrtsseinrichtungen“ wirken ja zum Nachteil der Unternehmer, aber nicht der Arbeiter. Auf diesem Werk hat jeder Arbeiter das Recht, bei der Finanzlage des Werkes

einen Betrag von 1500 Pf. einzuzahlen, der mit 10 Prozent verzinst wird. Um nun die 10 Prozent Zinsen zu erhalten, haben sich viele Arbeiter den Betrag gesunken und zahlen dafür etwa 5 Prozent Zinsen an den Gelddarleher, sodaß sie dann noch 5 Prozent an dem Gelde verdienen. Die Gesellschaft verwendet das Geld der Arbeiter im Betriebe, genau so gut wie das Aktienkapital. Von letzterem erhalten die Aktionäre 60 Prozent, während den Arbeitern aus Wohlwollen 10 Prozent bewilligt werden. Die Arbeiter haben aber zur Hervorbringung des ganzen Gewinnes doch zweifellos das meiste beigetragen. Mit dieser „wohlätig“ wirkenden Spar einrichtung werden die Arbeiter dann an das Werk gefesselt; vom Koalitionsrecht dürfen sie keinen Gebrauch machen oder wagen es gar nicht, einen Versuch nach der Richtung hin zu machen.

Heute hat die Gesellschaft ihr Aktien-Kapital noch bedeutend erhöht; für Jeder Hütte auf 3 961 125 Pf. (Peiner Walzwerk 6 000 000 Pf.), um den Betrieb noch weiter zu vergrößern; u. a. soll noch ein fünftes Hochofen gebaut werden. Die Aussichten scheinen mithin sehr gute zu sein. Wann wird endlich die Arbeiterschaft auch zur Erkenntnis kommen, daß sie einen berechtigten Anteil an diesen guten Ergebnissen hat? Wann werden die Arbeiter den richtigen Weg einschlagen, um sich ihren Anteil zu sichern, indem sie sich alle ihrer gewerkschaftlichen Berufsgemeinschaft anschließen? Tun sie es nicht, haben sie auch kein Recht zur Unzufriedenheit, denn es geht niemanden schlechter, als wie er sich gefallen läßt.

Die Aktien-Gesellschaft Heflen und Guilleaume-Lahmeyer et Cie in Mülheim am Rhein kann ebenfalls auf ein fettes Jahr zurückblicken. Es kommt eine Dividende von 11 Prozent (10 Prozent im Vorjahr) zur Verteilung. In dem Geschäftsbericht des Vorstandes wird die Lage sehr richtig dargestellt. Wie dieser Darstellung zu entnehmen ist, brachte das verschlossene Betriebsjahr, das erste volle Jahr seit dem Zusammenschluß der Heflen und Guilleaume Carlswerke Alt.-Ges. mit der Elektricitäts-Akt.-Ges. vom. W. Lahmeyer und Co., entsprechend der allgemeinen Geschäftslage den sämtlichen Betrieben reichliche Aufträge und Beschäftigung, sodaß alle Abteilungen nahezu bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und teilweise darüber hinaus belegt waren und die Lieferzeiten vielfach nicht eingehalten werden konnten, zumal der verstärkte Schrott der Hochofen häufig zu Verzögerungen Anlaß gab. Abgesehen von dem an sich schon hohen aus dem Vorjahr übernommenen Auftragsbestand war die Summe der eingetroffenen neuen Aufträge im ganzen um rund 25 Prozent höher als im Vorjahr. Das Betriebskapital wurde zwecks Ausdehnung des Betriebes durch eine Anleihe um 20 Mill. Mark vermehrt. Diese umfangreiche Vergrößerung der Werkstätten ist nicht zeitig genug fertig geworden, um auf das abgelaufene Geschäftsjahr noch einen Einfluß ausüben zu können. Insgegenüber war das Werk trotz Überflutungen und Nachschlägen nicht in der Lage, die vorliegenden Aufträge immer rechtzeitig zu erledigen. Das Werk ist mit einem sehr großen Auftragsbestand in das neue Geschäftsjahr hineingegangen. Kurz in diesem Riesenbetrieb sieht es mit der Organisation der Metallarbeiter noch sehr windig aus. Zum Teil sehr schlechte Lohnverhältnisse, sonnige Kapitäne und ein maßloses Überarbeitsjahr haben bis heute die Tendenz der von dieser Weltfirma beschäftigten Arbeiter noch nicht in die Organisation hinzubringen können. Alkohol, Klimbim und Speichelkertum sind Dinge, die in Mülheim a. Rh. in hoher Blüte stehen und das Arbeitsstreben des Arbeitersstandes beeinträchtigen. Den Arzten haben nur die Unterrichtsmet daran.

Das Eisenhüttenwerk Thale am Harz (Alt.-Ges.) war nach dem vorliegenden Bericht des Vorstandes bei einer Höchst-Arbeiterzahl von 4778 im Jahre 1906 reichlich beschäftigt, sodaß die Erzeugung eine bedeutende Steigerung erfuhr. Da auch die Preise noch gestiegen, so ergab der Gesamtwert der versandten Waren die Summe von 14,5 Mill. Pf. gegenüber 13,1 Mill. Pf. im Jahre 1905. Der Rohgewinn lag von 1 696 404 Pf. im Jahre 1905 auf 2 373 997 Pf. im Jahre 1906. Nach Abzug der Zinsen für die Obligationsschulden (108 350 Pf.), der allgemeinen Geschäftsaufzehrung (627 452,44 Pf.) und der Kosten für die Begebung der neuen Anleihe (106 005,55 Pf.) sowie noch Vornahme sämtlicher Abschreibungen (818 000 Pf.) verbleibt unter Einschluß von 101 209,33 Pf. Rütttag aus 1905 ein Nettoüberschuß von 744 698,91 Pf. Hieran sollen nach dem Berichtsgegenstand der Verwaltung 16 000 Pf. dem Arbeitersparungs fond zugemessen, 69 196,96 Pf. an Sozialien und Statthalterien verteilt, 569 920 Pf. circa 9 Prozent

als Dividende verteilt und 94 581,95 Pf. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der am 28. Juni stattfindenden Generalversammlung soll die Erhöhung des Aktienkapitals um 1 572 000 Pf. vorgeschlagen werden. Die Verwaltung scheint demnach sehr günstige Aussichten für die Zukunft zu haben.

Hoffentlich wird es keine Enttäuschungen geben. Denn immer mehr zeigen sich bedeutsame Zeichen am wirtschaftlichen Horizont. Über die gegenwärtige Situation hat sich kürzlich ein Großindustrieller des Ruhrreviers dahin ausgesprochen: „Die Werke der Eisenindustrie sind im allgemeinen auf Monate hinaus mit Aufträgen versehen; sie sind enorm beschäftigt, so daß sie den Ansprüchen der Kunden nicht genügen können; auch die Spezialisierungen gehen fortgeschreitend reichlich ein.“ — Aber es kommen keine neuen Aufträge hinzu. Denn auch die Käufer sind auf Monate eingedeckt, sie misstrauen der Fortdauer der Konjunktur und sie machen deshalb keine neuen Abschlässe, sie sind (und wohl mit Recht) der Überzeugung, daß sie dabei nichts zu verlieren haben, weil neue Preiserhöhungen nicht zu befürchten sind, sondern daß sie dabei nur gewinnen können, wenn eben ein Rückgang der Preise erfolgt. Es ist gegenwärtig eine Stagnation eingetreten. Die Meidungen der Fabrikäste bestätigen diese Ansicht. Vielleicht bröckelt die Preise auch schon ab, wenn auch nur ganz langsam, so auf dem Markt für Bleche und Stabeisen.

Für die Arbeiter rückt damit die Gefahr der Gehirreduzierungen in bedeutsame Nähe. Eine solche muß bei den ungeheuer gestiegenen Lebensmittelpreisen doppelt rückwirken, da bekanntlich die in guten Zeiten steigenden Preise in Zeiten der Krise nicht wieder zurückgehen. Möchten doch die Arbeiter die Zeichen der Zeit verstehen lernen und sich durch Anschluß an die christl. Berufsgemeinschaften gegen die Verschlechterung ihrer Lage zu schützen wissen.

## Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

### Ein Erfolg.

Unter dieser Überschrift triumphiert die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ Nr. 25 in einem Leitartikel über die Niederslage der Metallarbeiter im Maingebiet, die bei unsinnigen Taktik des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes einzig und allein zu verdanken ist. Das Unternehmerorgan schildert zunächst kurz die Entwicklung des Kampfes und weist besonders auf den Unstand hin, daß nach den ersten Vergleichsverhandlungen die Arbeiter trotz dringender Mahnungen ihrer Verbandsleiter aus Stuttgart und Frankfurt die sogenannten Abmachungen ablehnten und damit den Kampf fortführten. Nach weiteren, für die Arbeiter ganz unfruchtbaren Verhandlungen wurde dann der Kampf von den „freien“ Führern gewaltig erdrostet; aus welchen Gründen verraten in nicht mißverständlich Weise die nachfolgenden Ausführungen der Deutschen Arbeitgeberzeitung. Sie schreibt:

„Wir kennen nach unserer Kenntnis der Verhältnisse, wie schon eingangs angekündigt, nur sagen, daß die Offenbacher auswärtigen Arbeiter gut daran getan haben, sich den Mahnungen ihrer Verträge als bald zu fügen, da ihr weiterer Widerstand zweifellos die Gefahr einer Einbeziehung der gesamten Metallarbeiterchaft in die schwedenden Differenzen herausbeschworen hätte. Schon am Dienstag, den 11. Juni hatte der Bezirksverband Frankfurt a. M. des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller bei dessen Vorstand den Antrag auf die Einsetzung einer Gesamtausspezung im ganzen Bereich des genannten Hauptverbandes eingereicht. Die Beratung des Vorstandes, die zweifellos zu einer Unterstützung des Antrages bei der binnen acht Tagen anzuberuhenden Ausschließung des Gesamtverbandes geführt hätte, sollte am 19. Juni stattfinden. Es wäre demgemäß aller Verantwortlichkeit nach noch im letzten Drittel des Monats zu einer Aktion gekommen, deren nicht zu unterschätzende Folgen der Metallarbeiterverband einzig und allein auf das Konto seiner renitenten Offenbacher Mitglieder zu setzen gehabt hätte.“

Wunderbar, daß sich das Sozialmacherorgan hier nur gegen die „renitenten Offenbacher Mitglieder“ des „freien“ sozialdemokratischen Metallarbeiter verbandes wendet, während die in erster Linie schuldigen Führer des sozialdemokratischen Verbandes weder in vorstehenden Ausschließungen noch in dem ganzen Artikel im geringsten angegriffen werden. Doch das mögen die „renitenten“ Offenbacher Metallarbeiter nicht mit ihren Leidhämeln selbst ausmachen. Für uns und alle nichtsozialdemokratisch organisierten Metallarbeiter ist von der größten Bedeutung, daß hier von dem Organ der Unternehmerorganisation einmal der Schleier ein wenig weiter gelüftet wird. Hier wird offen verraten, daß die „Gefahr einer Einbeziehung der gesamten Metallarbeiterchaft in die schwedenden Differenzen“

— schon allein der Antrag des Bezirksverbandes der Metallindustriellen „auf die Einleitung einer Gesamt-aussperrung“ die sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandsführer vom hohen Piedestal ihrer „Macht“ herunterstürzte und zusammenknicken ließ. Ihre ganze „Macht“ und „Strategie“ bestand jetzt nur noch darin, ihre „renitenten“ Mitglieder zur Mission zu bringen und den mit grossem Tam-Tam intensivierten Kampf gewaltsam zu erdrosseln. Die indirekte Anerkennung, die den Obergenossen in dem Organ der Scharfmacher dafür zu Teil wird, haben sie mithin redlich verdient.

Eine andere Frage ist es jedoch, ob die nicht-sozialistischen Metallarbeiter in Zukunft bei ähnlichen Putschern des sozialdemokratischen Verbandes nicht schon von Anfang an eine ganz andere Stellung einzunehmen haben und zwar im wohlverstandenen Interesse der Arbeiter selbst, die nie und nimmer das Spielzeug einiger mitgliederhungrigen und gröszenwahnhaften Führer sein dürfen.

### Eine wunde Stelle

berührt eine Zuschrift aus dem Elsaß, die in Nr. 520 der „Köln. Volkszg.“ veröffentlicht wird. Dieselbe lautet:

„Als ich dieser Tage in eines der industriellen Täler des oberen Elsaß gerufen wurde, um den Volksverein für das katholische Deutschland einzuführen zu helfen, konnte ich wieder einmal beobachten, wie rückständig man in sozialen Dingen da noch ist. „Sprechen Sie mir ja nicht von Arbeiterorganisationen, berühren Sie lieber die wirtschaftlichen Verhältnisse gar nicht“, wurde mir am ersten Orte dringend ans Herz gelegt. Der Fabrikant sei ein guter Katholik, der „seine Arbeiter“ ordentlich behandele, sie nicht schlecht bezahle, wenn die Löhne auch noch die gleichen seien wie vor einem Jahrzehnt. Er halte auf seine „Rechte im Hause“ und würde nie dulden, daß auch nur einer seiner Leute einer Gewerkschaft beitrete, eine sofortige Entlassung wäre unvermeidlich. Man habe ihm versprechen müssen, nicht ein Wort über soziale Distanz zu sagen zu lassen. Jetzt verstand ich die Klagen der christlichen Gewerkschaftsführer über die Schwierigkeiten, die man ihnen so oft noch in kath. Industrieorten in den Weg zu legen sucht. In der Versammlung sollten also zwar soziale Fragen behandelt werden, aber von Rechten der Arbeiter dabei nicht die Rede sein, es müsse mit einem Worte ein wahrer Gieranz aufgesucht werden, der gewiß niemanden befriedigte, wenn auch die Beiträge zum Volksverein in großer Zahl erfolgten. Man fühlte, daß ein tiefgehendes Einvernehmen zwischen Arbeitern und Arbeitgeber nicht besteht, daß Urtuschiede recht zahlreich vorhanden sind. Sonderbarweise will davon nach niemand etwas gemerkt haben, trotz den bei der Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen, trotz der eifrigeren Agitation der Sozialdemokraten im ganzen Tale, trotz einem bereits seit Wochen dauernden Streit in einem großen Nachbarorte. Tadel ist auch dieser Ort ganz katholisch, ebenso die Fabrikanten, aber auch sie wollen keinerlei Arbeiterorganisationen. Dem Ortsgeistlichen, der damit nicht einverstanden ist, weil er sieht, wie die Arbeiterschaft dadurch nur der Sozialdemokratie in die Arme getrieben wird, wurde das Leder möglichst sauer gemacht.

Die Arbeiter kämpfen weiter — einen aussichtslosen Kampf, da die Fabrikanten eher ihre Etablissements stillscheiden lassen wollen, als nachgeben. Man stelle sich doch endlich einmal resolut auf den Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit. Wo dies nicht geschieht, gehen die radikalsten Elemente — die meist erst durch das künstliche, durchscheine Niederhalten berechtigter Forderungen so geworden sind — einfach ins sozialdemokratische Lager über, und die freissamsten Leute sind uns verloren. Das wird dann auf die Dauer behalten werden, ist die indolente Masse, mit der nichts anzutun ist. Wie im Oberelsaß liegen die Verhältnisse vielfach auch anderswo, nicht zuletzt auch in der unterelsässischen Textilindustrie. Die Sozialdemokratie macht überall Fortschritte und trotzdem rastet man sich nicht auf. Die christlichen Gewerkschaften recken mit dem gleichen Misstrauen, der gleichen Abneigung behandelt, wie die sozialdemokratischen. Selbst auf die Tätigkeit des Volksvereins dehnt sich vielfach dieses unbegreifliche Misstrauen aus. Man betrachtet ihn oft einzeln und allein als Quartiermacher für die Gewerkschaften und sucht ihm daher den sozialen Charakter zu nehmen, ihn zu einer religiösen Vereinigung zur Abwehr der kulturmässigen Besitzungen zu stemmen. Welches Unheil mit dieser künstlichen, egoistischen Politik angerichtet wird, werden deren Verfechter eines Tages mit Schrecken wahrnehmen, wann es zu spät sein wird.“

Diese Schildderung trifft den Nagel auf den Kopf. Traurig aber wahr! Das hier angeführte paßt leider nicht allein auf die Reichslande, sondern auch auf andere Landesteile. Soviel im Westen wie im Osten haben wir betartige „christliche“ Unternehmer, die es „alle dulden“ wollen, daß sich ihre Arbeiter organisieren und die lieber ihre Beziebe auflegen als nachgeben würden. Das

wenig christliche Verhalten dieser (Taußchein-)Katholiken oder Protestanten hat aber tatsächlich schon tausende von künstlichen Arbeitern schädig gemacht und in das sozialdemokratische Lager hineingetrieben. Uebrigens kann weder diese soziale Rücksichtnahme noch Gewaltmaßregeln die Organisation dauernd zurück halten. Und will man keine christliche, dann kommt die sozialdemokratische. In ungezählten Fällen ist das schon durch die Erfahrung bestätigt.

### Das Arbeitslosenproblem und der Herr Broich.

Im preußischen „Ferrenhaus“, dem besten Repräsentanten für kraft- und schlotunterstützte Scharfmachereien, wo sich selten ein Strahl sozialen Fortschritts hervorzuwagen getraut, stand am 5. Juni das Wanderarbeitsstättengesetz zur Veraturung. Der erste Redner, Graf von der Schulenburg-Grüntal, leistete sich nach einem Bericht der „Köln. Volkszeitung“ folgende Beleidigungen des deutschen Arbeiterstandes:

„Die Arbeiter haben sozialpolitisch schon so viele Lasten zu tragen, daß man ihnen neue mit aufzulegen könnte, wenn man große Erfolge davon erwarte. Das wird bei dem Entwurf nicht der Fall sein. Bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes wird jeder Arbeit erhalten, der sie überhaupt will. Wer ist denn heute arbeitslos? Die Streikenden. Und denen helfen, würde nur bedeuten, die sozialdemokratische Kasse füllen. Die Hauptkategorie derer, die keine Arbeit haben, stellen aber die, die keine Arbeit wollen, und die werden wir nicht belehren. Je mehr wir Wohltätigkeitsanstalten gründen, um so mehr züchten wir Arbeitslose.“

So „löst“ ein ostfälischer Großagierer das Arbeitslosenproblem. Für diese Proben, bei denen der Mensch erst beim Besitz eines Ochsenfuhs anfängt, gibt es gar keine Arbeitslose, sondern nur Arbeitslose. Gegen derartige Beschimpfungen muß die Arbeiterschaft wie ein Mann Protest erheben. Wenn doch Leute vom Schlag des Grafen Schulenburg-Grüntal, die selbst eigentlich das ganze Jahr „arbeitslos“ sind, sich einmal bemühen wollten, die wirtschaftlichen Verhältnisse kennen zu lernen, ehe sie derartige Anklagen gegen den Arbeiterstand richten. Trotz aller Scharfmacher mit oder ohne „von“ wird sich die Arbeiterschaft ihren Platz an der Sonne durch ihre Organisation zu erringen wissen.

### Gegen die „Reichstreuen“

In Essen fand am 23. Juni im evangelischen Vereinshaus die dritte Westdeutsche Konferenz der evangelischen Arbeitervereinsmitglieder und der evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften statt, die von mehr als 400 Delegierten besucht war. Gewerkschaftssekretär Wallbaum (Bielefeld) erörterte das Thema: Gelbe Gewerkschaften, während Gewerkschaftssekretär Rasslensbeul (Essen) über die „vaterländischen“ Arbeitervereine sprach. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Die dritte Westdeutsche Konferenz der evangelischen Arbeitervereinsmitglieder und der evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften erklärt, daß die Gründung der sogenannten gelben Gewerkschaften und vaterländischen Arbeitervereine nicht der christlich-sittlichen, sozialen und wirtschaftlichen Hebung des Arbeiterstandes dient und im wohlverstandenen nationalen Interesse außtiefste zu bedauern ist. Zu den Grundrechten der Arbeiterschaft gehört das Streirecht. Ohne dieses Recht ist die Arbeiterbewegung zur Ohnmacht verurteilt. Die christlich-nationalen Arbeiterbewegung hält den Streit für das letzte Mittel, das sie nur im äußersten Falle zur Verteidigung der Arbeiterrechte und Arbeiterforderungen anwendet, aber sie wird unter keinen Umständen auf dieses Recht verzichten. Eine Arbeiterschaft, die sich unter Verzicht auf das Streirecht im nackten Interesse des Unternehmertums organisiert, wie es bei den gelben Gewerkschaften geschieht, wird zum Perrater an den Menschenrechten des deutschen Arbeiterstandes und schädigt die christlich-nationalen Arbeiterbewegung auf das schärfste. Jede Schädigung der christlich-nationalen Arbeiterschaft ist aber eine, wenn auch ungewollte, Förderung der Sozialdemokratie. Genso bedeuten die vaterländischen Arbeitervereine, die den Indifferenzismus, die Gleichgültigkeit in Weltanschauungsfragen zum Programmpunkt erheben, für die auf christlich-sittlichen und besonders auf evangelischem Grunde aufbauende Arbeit der evangelischen Arbeitervereinsbewegung eine unerträgliche Konkurrenz, die um so schlimmer wirkt, als sie vorgeben, im Interesse des Vaterlandes zu handeln. Beide, Gelbe Gewerkschaften und vaterländische Arbeitervereine sind geschwesterhaft und in den wichtigsten Punkten identisch. Der sozialdemokratischen Bewegung werden sie eher förmlich als hinderlich sein, ihre zerstreuende, schädigende Arbeit wird am schwiersten die evangelische Arbeiterschaft treffen und somit die im vaterländischen Interesse so-

bitter notwendige Stoßkraft der christlich-nationalen Bewegung hindern. Wir appellieren an alle evangelischen Arbeiter und ehrlichen Arbeiterfreunde in Stadt und Land auch fürderhin entschlossen für die christlich-nationalen Arbeiterbewegung einzutreten. Wir halten es für eine Pflicht der evangelischen Arbeiter, sich den evangelischen Arbeitervereinen und den christlichen Gewerkschaften anzuschließen.“

### „Der Regulator“

Organ des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins, der Maschinenbauer und Metallarbeiter, bringt in Nr. 26 unter Haspe einen Artikel über den Verlauf einer Versammlung, den wir nicht so ohne weiteres passieren lassen können. Die Darstellung entspricht nicht der Wahrheit, deswegen provoziert und beschimpft habe, während die Dinge sich gerade umgedreht abgespielt haben. Zunächst muß festgestellt werden, daß das Generalratsmitglied Herr Schumacher in seinem Referat erklärte, die christlichen Gewerkschaften seien Bentzungsanhänger, Bentzungs-gewerkschaften. Der Bentzusbeamt Hartmann-Aachen beschimpfte die Verfasser eines von christlicher Seite herausgegebener Flugblatts über das Verhalten gerade dieses Beamten bei dem Streit auf dem Hüttentwerk Rothe Erde, als „Buchthäusler“ und „Verbrecher“. Es ist uns unerlässlich, wie bei solchen über alles Maschinengehörigen Beschimpfungen seitens Hirsch-Dunderscher Führer der Regulator noch schreiben kann:

„Die Ausdrücke, die dieser Herr Broich gebracht haben will, verschweigt der Bericht zum größten Teil. Wenn die christlichen Gewerkschaften solche Agitatoren wie Broich in ihren Reihen dulden und notwendig haben, dann ist das ja ihre Sache. Für die Gewerbetreiner ist Herr Broich durch sein Auftreten längst gerichtet. Nicht wegen des Herrn Broich, der ist uns nebenächlich, sondern eines bestimmten Abkommens wegen ersuchen wir den Berichterstatter, Kollegen J. B., uns alle Schimpfworte, die B. gegen die Gewerbevereine, Dr. Hirsch usw. gebraucht hatte, in wahrheitsgetreuer Weise mitzuteilen und das betreffende Schriftstück durch einige Kollegen, die an der Versammlung teilgenommen haben, unterzeichnen zu lassen. — Das Material kann vielleicht einmal gebraucht werden.“

Wir sind nun doch der Meinung, die Leitung des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins hätte allen Grund, gerade mit Rücksicht auf das erwähnte „Abkommen“ ihren Beamten beizubringen, was anständige Kampfesart ist. Oder gehören Ausdrücke wie „Buchthäusler“ — „Verbrecher“, auch zur anständigen Kampfesart? Das genannte Flugblatt hat wesentlich nur diejenigen Dinge mit Recht kritisiert, die kritisiert werden mußten, um in Zukunft wenigstens Dinge und Dummheiten zu verhüten, die sich bei dem Aachener Streit abgespielt haben. Die Wutausbrüche eines Hartmann nehmen wir nicht ernst genug, um mit ihm zum Eadi zu laufen, sonst könnten ihm seine „Verbrecher“ und „Buchthäusler“ schlecht bekommen. Derartige Ausfälle sind jedenfalls schlecht geeignet, ein erträglicheres Verhältnis zwischen den beiden Organisationen zu etablieren. Die Leitung des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins hat jedensfalls allen Grund, in dieser Sache ihre eigenen Beamten zur Ordnung zu rufen. Die Leitung des christlichen Verbandes wird dann schon Hemdput zu schaffen in der Lage sein. ... B.

### Kulturarbeit in Saarabien.

„Vor wenigen Jahren noch wagte es kein saarischer Wohltäter einen gewerkschaftlichen Agitator auch nur anzusehen, geschweige denn, mit ihm über saarabische Arbeitsverhältnisse zu reden. Damals bestand die Unterhaltung der Saarproleten in den Wirtshäusern nur in Kartenspielen und Erzählungen von Anekdoten aus der Militärzeit. Heute wird die freie Zeit aber in Besprechungen und Versammlungen ausgenutzt, wo über Arbeiterfragen, Koalitionsrecht, Politik und dergleichen gesprochen wird. Der saarabische Prolet hat begriffen, daß durch die Organisation das entbehrende, schwachsinnige Bevölkerungssystem gebrochen werden kann.“

So schreibt wörtlich das Zentralorgan der Sozialdemokratie, der „Vorwärts“ Nr. 193 (Jahrgang 1907). Und wem ist dieser Umstieg in Saarabien zu verdanken? Doch ist einzlig der Kulturarbeit der christlichen Gewerkschaften, insbesondere dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband, der durch den Kampf auf der Burbacher Hütte die Sklavenleiter der saarabischen Proleten gesprengt hat. Das offen einzugestehen, bringt allerdings der „Vorwärts“ ebenso wenig wie ein anderes sozialdemokratisches Organ fertig, so weit reicht die Ghettotität in jenem Lager nicht. Um so nachdrücklicher aber soll es von den christlichen Arbeitern öffentlich gesagt werden.

### Der sozialdemokratische Verband der

Graveure und Ziseleure hat am 16. Juni und folgende Tage in Nürnberg seinen 5. Verbandstag abgehalten. Nach dem Vor-

landsbericht zählte der Verband Ende 1906 in 46 Zahlstellen 2565 Mitglieder. Das Vermögen war am 31. März d.s. J. auf 37,86 M. zusammengezogen, außerdem jedoch ein Kampfonds aus freiwilligen Spenden und Ertragsbeiträgen von 2525 M. vorhanden. Bei diesem Balles blieb dem Verbandsstag nichts anderes übrig, als den vernünftigen Besluß zu fassen, sich dem deutschen (sozialdem.) Metallarbeiterverband anzuschließen, was mit 25 gegen 7 Stimmen geschah. Die zwei Beantaten der Graveure und Hüttenleute werden vom Met.-Verb. übernommen. Damit hat der freie (soziald.) Met.-Verband wieder einen kleinen Sonderverband in seinem großen Magen verschwinden lassen; die Verbände der Schmiede und Kupferschmiede stehen jetzt noch auf der Speisekarte, auch sie werden über kurz oder lang verspeist werden, so will es die Entwicklung und so verlangt es der unersättliche Magen des sozialdem. Metallarbeiterverbandes.

### Die „Gelben“,

wie heute allgemein die in dem Hamburger Bund nationaler Arbeitervereine zusammengeschlossenen Werksvereine usw. genannt werden, scheinen geistigen Anzeichen noch mehr im geheimen, als in der Öffentlichkeit auf ihre Ausbreitung hinzuarbeiten. Bei der Patenschaft des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie kann es ihnen zu diesem Zweck an den nötigen Mitteln sicherlich nicht fehlen. Nunmehr beginnen sich die „gelben“ Organisationen auch der „Sympathie“ der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ (Nr. 24) zu erfreuen, was um so bemerkenswerter ist, als dieses Arbeitgeberorgan sich bisher ihnen gegenüber ziemlich zurückgehalten hatte. Aus der Stellungnahme der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften zu den gelben Organisationen glaubt das Blatt schließen zu dürfen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftler in der „christlichen“ und „Hirsch-Dunkerschen Konkurrenz einen weit weniger bedenklichen Faktor erblicken, als in den „Gelben“ und schreibt dann:

„Trifft diese Annahme zu, so würde sich daraus für das Unternehmertum unzweifelhaft die Verpflichtung ergeben, in noch weit erheblichem Maße, als dies bisher der Fall gewesen ist, zugunsten der gelben Arbeiterverbände einzutreten. Wer der Überzeugung lebt, daß die rapide Entwicklung der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung der Gesamtheit der Nation zum Unheile ausschlagen muß, wer die Ansicht teilt, daß die Bekämpfung der kommunistischen Irrelethe in erster Linie Sache des gesinten Unternehmertums ist, der wird auch ohne weiteres zugeben müssen, daß die Arbeitgeber mit Zug und Recht an die Beihilfe derjenigen unter ihren Arbeitern appellieren dürfen, die sich, des Zwanges der sozialdemokratischen Fäuste mäde, auf ihre Seite schlagen möchten.“

Unter diesen Umständen spricht die „Arbeitgeber-Zeitung“ den gelben Verbänden eine nicht unerhebliche Bedeutung für die fernere Zukunft zu. Wenn den Leuten von der deutschen „Arbeitgeber-Zeitung“ mit vollem Recht die Bekämpfung der kommunistischen Irrelethe als eine der wichtigsten Aufgaben erscheint, so glauben wir, daß sie das Ziel eher dadurch erreichen, daß sie ihre Arbeiter in den nicht-sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen das ihnen gelegentlich zugesetzte Koalitionsrecht ausüben lassen, als sie in den „gelben“ um dasselbe bringen und sie dort lediglich zu Streikbrechern erziehen.

Unter solchen Umständen kann der soziale Friede kaum gedeihen und die Bekämpfung der kommunistischen Irrelethe in keiner Weise gefördert werden. Ein Gegenteil!

### Soziale Rechtsprechung.

#### Maifeier schadensersatzpflichtig.

Die „Hamburg-Amerika-Linie“ hatte gegen ihre am 1. Mai von der Arbeit ferngebliebenen Schonerleute Schadenersatzklage anstrengt, der auch vom Gewerbeamt Hamburg stattgegeben wurde. Seiter der maiestruenden Genossen wurde zu 80 Mark Schadenertrag verurteilt. Zu einem Urteil des Gewerbeamts wurde das Urteil aufrechterhalten, jedoch der Schadenertrag auf 18 Mark pro Arbeiter ermäßigt, da es der Firma nicht um die Höhe der Brüse, sondern um eine prinzipielle Entscheidung ankam. Die verurteilten Maifeier demonstrierten gegen dieses Urteil Berufung beim Landgericht ein, das zu Gunsten der Klägerin entschieden hat. In der Urteilsbegründung des Landgerichts heißt es:

„Zuß das Gewerbeamt über jeden Beflagten zur Zahlung von 18 Mark miß dem Recht verurteilt hat, ist dem Betrugsgericht ohne weiteres klar. Und zwar ist der noch im Streit befindliche Schaden noch Überzeugung dieses Gerichts schon allein durch das Nichtarbeiten der Beflagten am 1. Mai und die dadurch verhinderte Vergeserung der Absicht des Dampfers „Gau-

um einen Tag verursacht, sodass die weiteren Streitpunkte, ob und eventuell auf wie lange die Klägerin die Beflagten aus Anlaß der Maifeier deshalb mit Recht entlassen hat, hier ganz dahingestellt bleiben können. Daß das Nichtarbeiten der Beflagten am 1. Mai vertragswidrig war, kann unmöglich bezweifelt werden. Aus den vom Gewerbeamt zutreffend angeführten Gründen war es ausgeschlossen, daß die Klägerischen Arbeiter in gutem Glauben hätten annehmen können, Klägerin sei mit dem Fortbleiben ihrer Arbeiter von der Arbeit zum Zweck der Teilnahme an der am 1. Mai stattfindenden sozialdemokratischen Demonstration einverstanden.“

#### Darf ein Arbeiter im Krankheitsfalle auch ohne Entschuldigung von der Arbeit fernbleiben?

Über diese Frage liegt eine bemerkenswerte Entscheidung des Gewerbeamts Hannover vor. Ein Arbeiter blieb durch Krankheit zwei Tage von der Arbeit fern, ohne dem Prinzipal eine entsprechende Mitteilung zu kommen zu lassen. Als darauf für diese beiden Tage Lohn in Abrechnung gebracht wurde, stellte er bei dem Gewerbeamt Lohnentzähligungsklage, die jedoch abgewiesen wurde. Das Urteil führt an, wenn es auch richtig sein sollte, daß der Arbeiter an diesen beiden Tagen frank war, mithin ein genügender Grund zum Fortbleiben verlag, so war er doch verpflichtet, diesen Grund dem Prinzipal mitzuteilen. Er mußte seinem Arbeitgeber schriftlich oder mündlich erklären bzw. erklären lassen, daß er frank und daher nicht in der Lage sei, seinen Dienst wahrzunehmen. Tat er dies nicht, was im vorliegenden Falle feststeht, so blieb er eben unbedingt fort. Da unbefugtes Fernbleiben von der Arbeit nach § 123 der Gewerbeordnung aber die sofortige Auflösung des Arbeitsverhältnisses zur Folge haben kann, konnte dem Entzähligungsanspruch des Arbeiters nicht stattgegeben werden.

### Streiks und Lohnbewegungen.

#### Zur Aussperrung der Uhrenindustriearbeiter im Schwarzwald.

Die bereits in Nr. 24 unseres Organs behandelte Aussperrung ist nunmehr erfolgt. Was bis vor einigen Wochen selbst noch bei einem großen Teile der Arbeiterschaft als volle Unmöglichkeit galt, ist zur Tatze ge worden. Süßlichlos, unbekümmert um die gewaltigen Schäden, die dadurch Tausende Arbeitereigentzen, die Geschäftswelt und nicht in letzter Linie die heimische Industrie treffen, werden Tausende Arbeiter drohlos gemacht. Allerdings ist Dank der Einstift mehrerer Arbeitgeber, daß auch ihre Existenz auf dem Spiele steht, die angekündigte Generalaussperrung von der 10–11 000 Arbeiter betroffen worden wären, nicht erfolgt, sondern gemäß dem neuesten Beschlusse des Arbeitgeberverbands sollen mit 25 Prozent ausgesperrt werden. Tatsächlich sind indes in einzelnen Betrieben 30, 50 und mehr Prozent, in einem Betrieb gar sämtliche Arbeiter ausgesperrt worden, während wieder andere Arbeitgeber überhaupt nicht aussperrten.

Mit allem jugendlichen Ungezüm holt der erst im vorigen Jahre gegründete Arbeitgeberverband zum Schlag gegen die Arbeiterorganisation aus. Um die Öffentlichkeit irre zu führen, operiert der selbe mit Flugblättern, in der Tagespresse folgt Rotz auf Rotz, Erklärung um Erklärung, in ihrer Tendenz alle auf den Ton gestimmt: Wir wollen den Frieden, ihr Arbeiter seid die Unzufriedenen, ihr habt den Kampf herausgefordert. Mit Zähigkeit bemühen sich die Arbeitgeber, die Aussperrung als die Folge einer „Massentäufung“, die von den Arbeitern einer Firma eingebreit wurden, hinzustellen.

61 Arbeiter und 5 Arbeiterinnen — also nach Rieke ausgeteilt — 66 Arbeiter, bewerstelligten diese „Massentäufung.“ Dieser nach Ansicht der Arbeitgeber unberechtigten Maßregel gegenüber zeigt der Arbeitgeberverband was mit seiner Logik und Moral zu verbinden ist und definiert eine Generalaussperrung. Bereits vor der Bewegung hatten die Arbeitgeber Fürsorge getroffen, um „Herr im Hause“ zu bleiben. Schwarze Listen, allerdings mit schiefen harmlosen Bezeichnungen — Käseweisskarten, sollten eingeführt werden. Mögliche Arbeiter, vielleicht durch schwatzende Emporkommunisten benanzt, sollen hierdurch dauernd von der Arbeit auf dem Schwarzwald ausgeschaltet werden. Und da wäre der Arbeitgeber den Arbeitern noch zu einen Revers zu unterstreichen, wonach sie die Anwendung von Gewalt zur Betreibung von Forderungen missbilligen und eine friedliche Weiterentwicklung der Arbeitsverhältnisse wünschen.

Diese an und führt sich selbstverständliche Sache noch von jedem einzelnen Arbeiter unterrichtlich dokumentieren lassen zu wollen, ist schon mehr grobe Bekleidigung der Arbeiter. Uebrigens ist wohl die Frage nicht unberechtigt, ob denn die Herren Arbeitgeber mit ihrem jeweiligen Gewinne zufrieden sind ??? Wenn 66 Arbeiter blindigen, dann nehmen die Arbeitgeber Anlaß, dies zur Gewalt zu stampfen und wenn anderseits die Arbeitgeber lebensfähige Arbeiter, die mit dieser Bewegung nicht das mindeste zu tun haben, dem wirtschaftlichen Untergang weichen? Ja Bauer, das ist halt was anders! Den nur einigermaßen Ein geweihten ist es klar, und von mehreren Arbeitgebern wird dies rückhaltlos zugegeben, daß die Bewegung in Schwierigkeiten nur als Vortwand herangezogen wurde, daß durch die Aussperrung jegliche Organisation vernichtet werden sollte, aus der Erkenntnis heraus, daß die Kollegen um ihre Menschenrechte, um ihr Koalitionsrecht zu kämpfen gezwungen sind, herrscht unter den Aussperrten zuverlässliche Stimmung.

Tiefgehende Erbitterung hat allerorts die Tatjache hervorgerufen, daß von den Aussperrung hauptsächlich alte ergraute Männer, die zum Teil seit Gründung der Werke mit tätig waren, seit 20 und mehr Jahren ihre Kraft im Dienste der Unternehmer gestellt, Arbeiterinnen, Witwen die so schon kümmerlich sich und ihre Kinder durchschlagen müssen, betroffen sind. Es klingt geradezu wie Hohn, diesen teils schon alten Frauen die Anwendung von Gewalt zuzumuten.

Ein skandalöser Vorfall, der sich am 25. d.s. in Triberg abspielte, ist erst recht geeignet, den letzten Gleichgültigen aufzurütteln. Ein 63jähriger ausgesperrter Kollege geht in völliger Ruhe vor dem Betrieb der Firma Büche, Lamble u. Co. auf und ab. Erst droht ihn der Firmeninhaber Büche, wenn er Arbeitswillige anhalten würde, oder die zu seinem Betrieb führende Brücke betrete, werje er ihn über die Brücke hinab. Wenige Zeit nachher kommt ein in Triberg als notorischer Trinker und Blaustricher bekannter Arbeitswilliger hinaus und schlägt mit den Worten: „Was, ich will dir gleich einen Posten geben,“ den gebrechlichen alten Mann zu Boden, sobald er sich eine Verstauchung der Hand zuzog. Diese elende Tat ist selbstredend zur Anzeige gebracht.

In der ihm eigenen größtenteils ungewissen Rolle gefällt sich trotz dieser Vorgänge wiederum der „Genosse“ Vorhölzer, Bezirksleiter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Die Mitglieder seines Verbandes sehen die Notwendigkeit ein, mit den christlichen Arbeitern gemeinsam den Schlag der Unternehmer abzuwehren. Kollege Andree, Sekretär der lath. Arbeitervereine in Stuttgart, erfuhr unter Zustimmung des Vorsitzenden des „freien“ Gewerkschaftskartells in Schramberg telefonisch den Geschäftsführer des sozialdemokratischen Verbandes, Röld, in Schwenningen, um eine gemeinsame Aussprache, was angesichts der Situation zu tun sei. Auch dieser erklärt: „Es muß in dieser Beziehung etwas geschehen, ich werde mit Vorhölzer Rücksprache nehmen.“ Vorhölzer jedoch läßt sagen: Von uns wird schon das Nötige geschehen, wir werden — wenn es nötig ist — den christlichen Verbände Mitteilung machen, wir haben nur mit Schwenningen zu tun, das andere geht uns nichts an.“ Das die Aussperrung außerhalb Schwenningens diesem „Arbeiterführer“ nichts angeht, werden sich die Arbeiter merken.

Mit aller Deutlichkeit ersehen hieraus die Kollegen, daß jene Leute das Recht retteln haben, sich als die wahren Arbeitervertreter aufzuspielen. Dieses rückerlöste Treiben wird der Arbeiterschaft des Schwarzwaldes zeigen, daß ihr Platz nur in der christlichen Organisation sein kann. Eindringlicher denn je rufen die Vorgänge im Schwarzwald den Kollegen und Kolleginnen zu: Hinne in den christlichen Metallarbeiterverband.

**Kürtz.** Zwischen unserm Verband und der Betriebsniederlassung Kürtz der Metallpapier-Bronzesarben-Blattmetallwerke G. m. b. H. vertreten durch Herrn Fal. Heinrich wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, auf die Dauer von 3 Jahren. Beteiligt sind außerdem noch der freie Metallarbeiterverband und der Gewerbeverein (G.-D.). Die hierdurch verkürzte Arbeitszeit ist im Durchschnitt eine neunstündige. Die einige Wochen zuvor erreichten Lohnaufschriften wurden ebenfalls tariflich festgelegt. Ferner wird laut Vertrag jährlich ein Arbeitsausgleich von 5 Mitgliedern durch die Fabrikversammlung gewählt. Benutzenswert ist klar, daß vor Jahresfrist die Vertreter der Organisation von der Firma abgewiesen wurden. Der Vertrag hat folgenden Wortlaut:

Bertrag.

Zwischen der Betriebsniederlassung Kürtz der Metallpapier-Bronzesarben-Blattmetallwerke G. m. b. H. ver-

xelen durch Herrn Jak. Helmrich und dem Christlich-sozialen Metallarbeiterverband, vertreten durch dessen Vorsitzenden Herrn Franz Wieber, wird heute folgender Vertrag vereinbart:

§ 1. Gegenstand der Vereinbarung ist: 1. Festsetzung der Arbeitszeit. 2. Festsetzung der Löhne für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen. 3. Festsetzung der Kündigungsfrist.

§ 2. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 54½ Stunden. Die tägliche Arbeitszeit wird wie folgt festgesetzt: Montag bis Freitag vorm. von 7—9 Uhr, von 9½—12 Uhr, nachm. von 1½—3 und 3½—6 Uhr. Samstags vorm. von 7—9 und 9½—12 Uhr, nachm. von 1½—4½ Uhr. An den Vorabenden von Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr endet die Arbeit um 4 Uhr.

§ 3. Die als Presser verwendeten Personen werden im Zeitlohn beschäftigt und erhalten M. 12 pro Woche, sofern sie mit den Preisen vollständig vertaut sind. Für Schläger wird Stücklohn bezahlt und erhalten die, die 4 Hämmer verfehren 20 Pfg. pro Form und die, die 2 Hämmer verfehren 25 Pfg. pro Form. Bei Betriebsfertigungen an den Hämtern und wenn auf Formen geziert werden muß, wird den Schlägern, die 4 Hämmer verfehren, 10 Pfg. pro Hammer und Stunde bezahlt. Bei Schlägern, die 2 Hämmer verfehren, wird pro Hammer und Stunde 20 Pfg. bezahlt. Die Hämmer werden alle 14 Tage geputzt und wird pro Hammer 50 Pfg. bezahlt. Für Einsüßerinnen wird Stücklohn bezahlt und beträgt derselbe pro Form zu 1100 Blatt 15 Pfg., wird weniger eingefüllt, so reduziert sich der Lohn proportional. Auslegerinnen werden nach Stück entlohnt und beträgt pro Form: a) Brettsform 40 Pfg. b) Schlagsform 42 Pfg. Es ist darauf zu achten, daß abwechselnd Brett- und Schlagsformen zum leeren gegeben werden.

§ 4. Das Arbeitsverhältnis kann nur durch eine acht Tage vorher, am Lohntag erfolgte, beiden Seiten freistehende Kündigung gelöst werden. Die unterzeichnete Organisation verpflichtet sich der Firma gegenüber, für die Einhaltung dieser Kündigungsfrist seitens der Arbeiter zu sorgen unter der Gewähr daß sie etwaige Verfehlungen gegen diesen § ändert, indem sie dafür Sorge trägt, daß tarifärzlichen Arbeitern in irgend einem anderen Betrieb der Metallklägerei jede Arbeit verweigert wird.

§ 5. Es wird alle Jahre in einer Fabrikversammlung ein Arbeiterausschuß, bestehend aus 3 männlichen und 2 weiblichen Personen, gewählt, welcher bei Meinungsverschiedenheiten und Differenzen über obigen Vertrag mit der Fabrikleitung zu unterhandeln hat.

§ 6. Vorsitzender Tarif gilt auf die Dauer von 3 Jahren und zwar vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1910. Wird der Tarifvertrag nicht mindestens 3 Monate vor Ablauf geländigt, so verlängert er sich fests um 3 Jahre. Zur Kündigung des Vertrages sind nur die Unterzeichneten des Vertrages berechtigt.

Obige Vereinbarungen sind durch Unterschrift rechtsverbindlich.

Für den Christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband  
In Vertretung: Adolf Konrad, Bezirksleiter.

Für die beteiligten Arbeiter, wie auch für die Firma, ist hiermit auf drei Jahre Ruhe und Tiefigkeit im Gewerbe gesichert. Beide Teile haben ihren Vorleid davon. Der Tarifsetzende wird trotz aller Gegner und großen Schwierigkeiten immer mehr an Boden gewinnen. Die grundlegende Voraussetzung dafür ist jedoch eine starke Organisation der Arbeiter, als eine vernünftige praktische Gewerkschaftspolitik.

Ebersfeld-Garmen. Die streifenden und ausgesperrten Riemengangschlosser in Ebersfeld-Garmen hatten die Vermittlung des Oberbürgermeisters von Garmen angewiesen, welcher sich auch bereit erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen. In einer daraufhin abgehaltenen Arbeiter-Versammlung wurde mir ein Schreiben, das der Arbeitgeberverband an den Oberbürgermeister gerichtet hat, vorgelesen, laut welchem die Verhandlungen abgeschlossen werden. — Daraufhin beschlossen die Arbeiter, den Kampf fortzuführen. — Von der Firma Müller & Söhne war ein Schreiben eingegangen, laut welchem diese bereit ist, vom 1. Juli an tüchtige Arbeiter einzustellen unter folgenden Bedingungen: Arbeitszeit an allen Werktagen bis Samstag von 7—12 und von 1½ bis 7 Uhr. Morgens 10 Minuten Frühstück- und nachmittags 20 Minuten Besprechungszeit. An den Samstagen Arbeitszeit von 7—1 Uhr, mit 10 Minuten Pause. Nach diesem Vorschlag verzögerte sich die Arbeit zeit pro Woche auf 55 Stunden und 50 Minuten. Die Arbeiter beschlossen auf Grund dieses Vorschlags in Verhandlungen einzutreten.

**Burkhard.** Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Abschlussschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Kündigung vor dem Zugang fort.

**Falkau.** Die Arbeiter der Trakt- und Schraubenfabrik sind in eine Bewegung eingetreten, zwecks Arbeitszeitverkürzung und Beseitigung verschiedener Missstände.

**Kiel.** Auf der Germaniawerft sind infolge Auslands der Nieter sämtliche Arbeiter gefündigt worden.

**Schwarzwalde.** Die Uhrenarbeiter sind ausgesperrt.

**Werdohl.** Bei der Firma Colsmann u. Comp. stehen die Arbeiter im Streit.

**Tinnschmiede.** Bei der Firma Holtkau Differenzen wegen Maßregelungen. Ausspernung sämtlicher Arbeiter.

**Garmen.** Die Riemengangschlosser stehen im Streit resp. in Aussperrung.

**Gelsenkirchen.** Über die Tieferei und Schlosserei der Firma Gussstahl- und Eisenwerke vorm. Münchhausen & Comp. ist die Sperrung verhängt. Grund: Fortwährende Lohnabzüge und sonstige Missstände.

**Die Klempnergehilfen** stehen in einer Tarifbewegung.

**Magdeburg.** Die Klempnergehilfen freien.

**Dortmund.** Die Klempnergehilfen stehen im Streit.

**Witten.** In den Westfälischen Stanz- u. Emaillierwerken Differenzen wegen Maßregelung.

**Höhr.** Die Kunst- und Bauschlosser der Firma Fritz Gielow, Höhr-Braunsfeld, stehen wegen Nichteinhalten des Tariffs im Streit.

**Rendsburg.** Im Stahl- und Walzwerk Audorf bei Rendsburg haben infolge ausgebrochener Differenzen sämtliche Arbeiter die Kündigung eingereicht.

**Neugensburg.** Die Spanglergehilfen stehen in einer Lohnbewegung.

**Iffelburg.** Die Arbeiter der Iffelburger Hütte Maschinensfabrik und Eisengießerei, sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

**Oberharzen (Rhld.)** Neben das Zinshüttenwalzwerk Vieille-Montagne ist die Sperrung verhängt.

**Zugang ist fernzuhalten.**

50 Pfg. Lohn pro Schicht mehr versprochen, wenn der Organisation den Rücken kehren; aber auch um des schändlichen Vianmons willen wollten die Kollegen ihre Organisation nicht verraten, ihr Koalitionsrecht nicht preisgeben und wiesen dieses Angebot zurück.

Es handt nun eine Vertrauensmännerstellung statt, die sich mit den Kommissarien beschäftigte. Einstimig erklärten alle Kollegen, treu zur Organisation zu halten, sollte es selbst zum Kampfe kommen. Die Vertrauensleute waren aber der Ansicht, daß der Herr Direktor nichts von den Kommissarien wüßte, denn der Herr Direktor würde sicher nicht mit einem berartigen Vorzeichen gegen die organisierten Arbeiter einverstanden sein. Unser Beamter, Kollege Peter Bäcker, wurde diesenthal beim Herrn Direktor Büke vorstellig. Es stellte sich nun tatsächlich heraus, daß der Herr Direktor von den Kommissarien wenig oder nur mangelhaft unterrichtet war. Zum Schlus der Unterhandlung erklärte er auf sein Ehrenwort: „Es würde kein Arbeiter wegen der Zugehörigkeit zum Christlich-sozialen Metallarbeiterverband mehr einzulassen werden, solange die Arbeiter ihrer Pflicht innerhalb des Betriebes nachkommen, zwar sehe er es persönlich nicht gern, wenn sich die Arbeiter einem Verband anschließen würden.“ (Ist begreiflich.) Es wurden hierauf auch die Kündigungen zurückgenommen. Hierauf stand wieder eine Versammlung statt, in welcher Kollege Bäcker über die Verhandlung und Bewegung referierte. Einzelner Beifall wurde dem Redner zu teil, desgleichen ließen sich eine große Anzahl von Kollegen in den Verband aufnehmen. Am Sonntag, den 9. Juni fanden in der Umgegend von Lous noch drei weitere Versammlungen statt, welche ebenfalls von Erfolg gekrönt waren, indem eine Anzahl Kollegen für unseren Verband gewonnen wurden.

In kurzer Zeit haben wir hier einige Hundert Arbeiter organisiert. Seht sieh jedoch dem Herrn Direktor die Sache etwas brennlich zu werden, denn am 11. Juni wurde von ihm ein Anschlag gemacht, worin den Arbeitern folgendes erklärt wird: „Die Werksleitung würde dem Verband neutral gegenüberstehen. Zu der Versammlung am 8. Juni seien die Aussagen des Herrn Direktors von dem Gewerkschaftssekretär Peter Bäcker entstellt worden. (Wir wüßten nicht wie! D. Eins.) Die Arbeiter sollten sich nicht irre führen lassen von Rädelsführer und Volksbegländer, (dieselben Volksbegländer, wie die Sekretäre des Stahlwerksverbandes), sie sollten an die Lohn Löhne (?) und an die gute Behandlung (?) denken.“ Zum Schlus heißt es dann weiter: „Wer es gut meint mit der Werksleitung, mit sich und seiner Familie, der trete aus dem Verbande aus“. (Der Herr Direktor hat sicher einen Schreibfehler gemacht, er meinte gewiß, der trete dem Christlich-sozialen Metallarbeiterverband bei.) Durch diesen Anschlag werden sich unsere Kollegen von Lous nicht irre führen lassen, sondern mit doppeltem Eifer jetzt tätig sein und nicht ehr ruhen, bis der letzte Arbeiter sich uns angeschlossen hat. Denn nur ein im Christlich-sozialen Metallarbeiterverband organisierter Arbeiter meint es ernst mit sich, seiner Familie und dem ganzen Arbeiters Ende, deshalb hoch die Organisation! Dem Arbeiter zum Nutz, dem Gegner zum Trug! B.

**Elpe.** Die Formere der Firma Gebr. Kemper, Metallgießerei, führten schon seit einiger Zeit Klage wegen allerhand Missständen, die im Betrieb eingerissen waren. Es fehlte beim Gießen an den nötigen Schutzbrillen, die Ventilation war höchst mangelhaft, die Türen am Trockenofen waren derart eingerichtet, daß die Kollegen beim Einsehen der Kästen sich jedesmal bücken mußten, weil die Tür nicht höher zu bringen war. Da auch die Kerne nicht in genügender Zahl hergestellt wurden, so mußten die Formere oft darauf warten und konnten nicht voranarbeiten; aus diesem Grunde wurde Abhülfe und eine Lohnerhöhung gefordert. Es wurde beschlossen, die geäußerten Wünsche schriftlich durch eine Kommission der Firma zu unterbreiten. Da neben unsern Kollegen noch vier Lokalverkäufer vorhanden, wurde diesen auch ein Vertreter zugestanden und so konnte es dann losgehen. Doch war der Empfang seitens der Firma gerade nicht ermunternd; daher wurde unser Bezirksleiter Kollege Buchner beauftragt, sich mit der Firma in Verbindung zu setzen. Es kam dann auch zu Unterhandlungen und gab die Firmeninhaber die Zusicherung, daß die geäußerten Wünsche berücksichtigt würden bis auf den Trockenofen, die Türe lasse sich nicht höher hinaus ziehen, weil die Höhe des Gebäudes das nicht zuläßt. Auch sollte dafür Sorge getragen werden, daß immer genügend Kerne vorhanden sind, damit die Formere dadurch nicht aufgehalten werden. Bei den Verhandlungen war auch der Formermaster zugegen, der sich darauf berief, daß anderwärts z. B. Kiel und Mannheim, niedrigere Löhne wie hier bezahlt würden. Das wird wohl kaum der Fall sein können, der Herr Formermaster mag sich mit fremden Kollegen holen, wie lange die hier blieben, das wäre erst noch zu sehen. Da aber uns immer entgegengehalten wird, anderwärts würde meistens noch 11 Stunden,

## Befreiungserklärung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 7. Juli der achtundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 14. Juli 1907 fällig.

Die Dreigruppen Nauenburg, Waghüte-Teufelsgut und Falkau erhalten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Sozialbeitrages von 10 Pfg. wöchentlich.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

## sofort abzuseinden

fand die Fahrlässen zur Arbeitslosenstatistik, wo es bis jetzt noch nicht gegeben ist. Diese Arbeit sollte in den Tagen vom 1. bis 4. Juli schon geschaffen sein und wo dieses vernachlässigt wurde, verdient der Dritvorstand für diese Vernachlässigung den schwersten Tadel. Ohne Verzug ist es dann jetzt nachzuholen und die Karte sofort abzuzenden.

Das Mitgliedsbuch Nr. 20 099, ausgestellt auf den Namen Will Bago, ist anzubalten und sofort an die Centrale einzulenden. Jegen welche Unterstützung darf auf dieses Buch vorläufig nicht mehr angezahlt werden.

## Aus dem Verbandsgebiet.

**Gons a. d. Taunus.** Nur im Kampfe um ihr Koalitionsrecht zeigten die erst seit ungefähr fünf Wochen im Christlich-sozialen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter vor dem hiesigen Mannesmannischen Röhrenwerke. Kaum hatten die Meister und an der Spitze der Betriebschef des genannten Werkes bewirkt, daß eine Anzahl Arbeiter sich dem Christlich-sozialen Metallarbeiterverband angeschlossen hatten, als sie auch den Kampf gegen die Organisation aufnahmen. Ein Kollege, welder er agitiert haben sollte, wurde sofort nach Auszahlung des vierzehntägigen Lohnes entlassen. Zehn andere Kollegen wurden zum Betriebschef berobert, wo sie vor die Alternative gestellt wurden, entweder aus der Organisation auszutreten, oder sie würden entlassen werden wegen „Mangel an Arbeit.“ Unerschrocken erwiederten alle Kollegen: „Wir bleiben Mitglied des Christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, keiner hat das Recht, uns daran zu hindern“. Da dieses Mittel also nicht half, suzte man durch Versprechungen zum Austritte aus der Organisation zu bewegen. So wurde mehreren Kollegen gehalten wird, anderwärts würde meistens noch 11 Stunden,

gearbeitet und würden niedrigere Löhne bezahlt, so ersuchen wir die Kollegen aus der Metallindustrie, sich mit uns in Verbindung zu setzen und Kollegen Buchner-Siegen die tägliche Arbeitszeit, sowie die Höhe der Arbeitspässe mitzuteilen, damit wir auf solche Vorwürfe die gebührende Antwort geben können. An uns Kollegen liegt es nun, dafür Sorge zu tragen, daß auch der letzte Mann der Organisation zugeführt wird, damit auch mal mit dem schrecklichen Überstundenmachen aufgeräumt werden kann. Darum Mann für Mann hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

**Lindlar.** Am Sonntag, den 9. Juni, morgens 11 Uhr fand hier selbst eine von Seiten der hiesigen Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes einberufene große öffentliche Versammlung statt, in welcher Verbandssekretär Kollege Dedenbach - Köln das Referat übernahm. Der Redner gab in großen Zügen ein klares Bild der heutigen Arbeiterbewegung. Seine sachlichen Ausführungen wurden von Seiten der zahlreich besuchten Versammlung von öfterem Beifall unterbrochen. Wir hatten dann auch das Vergnügen wiederum einige Neuauflnahmen zu machen und können wir jetzt mit Stolz konstatieren: der letzte Mann in der Kleinen Fabrik ist in unserem Verband. Aber es sind doch noch viele Indifferente Arbeitskollegen hier, das sind vornehmlich die Heimarbeiter in der Feilenhauer-Industrie. Diese Kollegen waren bis heute mit allen Mitteln nicht zu bewegen, beim Verbande beizutreten. Doch das darf uns organisierte nicht abschrecken immer und immer wieder von neuem zu agisieren, wir wollen nicht rasten und ruhen, als bis der letzte Metallarbeiter von Lindlar organisiert ist im christlichen Metallarbeiterverband.

**Schwelm.** Am Samstag, den 1. Juni hatte die hiesige Ortsgruppe eine außerordentliche Generalversammlung einberufen. Die Erwartungen, die der Vorstand auf diese gesetzt hatte, waren nur zum Teil in Erfüllung gegangen; überhaupt ist in letzter Zeit ein Schleidrian bei den Kollegen eingetragen, der doch bald aufgehören muß, wenn die Arbeiter sich nicht selbst zum Schaden sein wollen. In jeder Versammlung wird ein Referat gehalten, in der letzten sprach Kollege Oberbossel über „die Aussperrung im Wupperthal und welche Lehren ziehen wir daraus?“ In überzeugenden Worten schilderte Redner die überaus schlechten Verhältnisse in der Metallindustrie, besonders in hiesiger Gegend. Da in Barmen-Elsfeld die Aussperrung zur Tatache geworden ist, so wäre es nicht ausgeschlossen, daß dieselbe auch in Schwelm ihre Folgen zeitigen würde; deshalb sollten doch die Kollegen sich zeitig ermahnen lassen und sich alle organisierten, denn nur durch eine straffe Organisation könne die Arbeitgeberchaft gezwungen werden, die gerechten Forderungen der Arbeiter anzuerkennen.

Als zweiter Punkt stand die Beitragserhöhung auf der Tagesordnung. Der Vorstand beantragte, den Beitrag von 50 auf 60 Pf. zu erhöhen. Nach einer kurzen Diskussion hierüber wurde der Vortrag einstimmig angenommen, vom 1. Juli den 60 Pf. - Beitragsbeitrag zu bezahlen. (Bravo. Häuten die Schwelmer Kollegen schon früher tun können. Jetzt) Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurde die Versammlung vom 2. Vorsitzenden Kollegen Schimpf geschlossen. Und nun Kollegen von Schwelm! Dadurch, daß ihr wiederum bewiesen habt, daß ihr in bezug auf Opferfreudigkeit den übrigen Ortsgruppen gegenüber nicht nachstehen wollt, ist es jetzt aber eure Pflicht, daß ihr treu dem Vorstande zur Seite steht und kräftig an der Agitation mitarbeitet, alle buntlich an jeden 1. Samstag im Monat die Versammlung besuchen, dann wird auch die Zeit herankommen, wo wir sagen können: Die Ortsgruppe Schwelm des christlichen Metallarbeiterverbandes hat großes für die hiesige Arbeiterfrage geleistet.

**Bielefeld.** Nach mehrmonatlichem Winterschlaf scheinen die Kollegen unserer Zahlstelle zu erwachen. So haben gewiß mehrere fleißige Versammlungsbesucher gedacht, als sie endlich nach langer Zeit wieder eine größere Anzahl Kollegen in unserer Mitgliederversammlung begrüßen konnten. Als Hauptpunkt stand ein Vortrag unseres Bezirksleiters Koll Wallbaum auf der Tagesordnung. Nachdem die Kollegen Weßmann, Schlingmann und Henwahl als Vertreterleute gewählt waren, führte Redner unzweifelhaft folgendes aus: Die Mitgliederzahl unseres Bezirks habe sich im letzten Jahre verdoppelt, leider habe Bielefeld hieran nicht den Anteil, wie es wohl erwartet wäre. Es habe sich aber auch leider eine oligopoliäre Situation bemerkbar gemacht sowie eine große Anzahl Kollegen wieder ausgetreten sei. Gegenüber zu arbeiten, sei Pflicht eines jeden Arztes. Die Urtheile der meisten Institute sei

die ungenügende Schulung und diese entspringe aus dem schlechten Versammlungsbefund. Datum sei für jeden Kollegen fleißiges Besuchen der Versammlungen und eifriges Lesen des Organs die erste Pflicht.

Die beste Agitation sei die von Mund zu Mund und die Hausagitation; diese sei aber nur mit gut geschulten Kollegen durchzuführen. Darum müßten wir uns immer wieder zurück: Hinein in die Versammlungen. An der Erfolgen unseres Verbandes speziell unseres Bezirks, zeigte Redner, daß gerade unser Verband wert wäre, daß er zu einem bedeutenden Machtfaktor ausgestaltet würde und wies das

Gerede, daß der Verband nichts könne und nütze, trüffend zurück.

Kollegen! Jetzt gilt es, für uns, das Gehörte in die Tat umzusetzen. Erinnern die Vertrauensleute die Kollegen immer wieder an ihre Pflichten, Versammlungsbefund und Lesen des Organs, dann werden auch wir in Bielefeld statt Stillstand Fortschritte zu verzeichnen haben.

### Literarisches.

#### Wörterbuch der Volkswirtschaft

(in zwei Bänden) von Professor Dr. Ludw. Elster. (Verlag von G. Fischer-Jena. Preis 40 Pf.) Der zweite Band dieses anerkannt vorzüglichen Nachschlagewerks ist kürzlich erschienen. Das Werk eignet sich vornehmlich für größere Gewerkschaftsbibliotheken, die an den Zentralen, Redaktionen oder Sekretariaten angelegt werden. Es ist in letzter Zeit häufiger vorgekommen, daß christliche Gewerkschaftsbände sich minderwertige größere Nachschlagewerke von Buchhandlungstreibern oder -kloppteuren haben aufdringen lassen. Deshalb sei nochmals nachdrücklich darauf hingewiesen, daß jürtliche empfehlenswerte Werke vom Buchhandel des Gesamtverbandes, Köln, Palmar. 14, zu beziehen sind. Dort ist auch die Gefahr ausgeschlossen, minderwertige und für Gewerkschaftler günstige Bücher zu teueren Preisen angehängt zu bekommen.

#### Der Lehrling im Eisen- und Metalltechnischen Praktikum.

Methodisches Lehrbuch für die Werkstattausbildung. Von Georg Th. Stier sen., Werkmeister und Gewerbelehrer. Mit 115 Abbildungen im Text. (Bibliothek des gesuchten Technik, 51. Band). Preis brosch. Mark 2,80, in Leinen gebunden Pf. 3,20. (Hannover 1907, Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung). Die Schrift ist ein Lehrbuch aus der Praxis für die Werkstatt. Der Verfasser, der eine langjährige Praxis als Werkmeister und Monteur hinter sich hat und seit längeren Jahren an einer höheren Gewerbeschule Unterricht erteilt, hat sich in dieser Zeit ein treffendes Urteil in der Lehrlingsfrage bilden können. Bei der vorliegenden Schrift hat er sich die Aufgabe gestellt, Eltern und Lehrherren mit geeigneten Wege in der Wahl der Werkstatt und des Ausbildungssystems hinzuteilen und vor allem dem Lehrling in einer für diesen leicht fasslichen Weise zu einer tüchtigen Arbeitskraft zu erziehen. Die Ausstattung des Werkes mit seinem reichen Illustrationsmaterial ist überaus zutreffend und kann dasselbe allen Interessenten empfohlen werden.

#### Die Schule des Werkzeugmachers und das Harten des Stahles.

Von Ingenieur Fritz Schön. Zweite umgearbeitete und erweiterte Auflage. Mit 28 Abbildungen im Text. Preis brosch. Pf. 1,90, geb. Pf. 2,30. (Hannover 1907, Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung). Die Schrift gibt eine geschlossene Übersicht über das wichtige Gebiet der Werkzeugmacherei und des Hartereiweises. Mit der geschichtlichen Entwicklung der Stahlzurichtung beginnend, werden die Herstellung und Bewertung aller wichtigen Stahlarten, Werkzeuge, Werkzeugmaschinen und Härtereien, unterstützt durch beigegebene Tabellen und eine Reihe klarer Abbildungen, in eingehender leichtverständlicher Weise besprochen. Die vorliegende 2. Auflage wird jedem Fachmann wertvolle Ratschläge und Ausführungen für seine praktische Tätigkeit geben und kann allen Interessenten deshalb empfohlen werden.

### Briefkästen.

**Nachrichten.** Die Beschaffung der letzten Einladung erübrigt sich, da die Sache schon in Nr. 25 behandelt wurde. — **Kollege E. Müller** wird angeworben, sobald die Entteilung des Stoffes es gestattet. — Nach Düsseldorf f. L. den kleinen Kästen holen. Besteigt ja schon wieder auf einem anderen Stock, das vielleicht das letzte sein wird. Mit der Zuländerung werden dort alle Halbfärsche

unangenehme drückende Verhältnisse gelöst. Verdienstliches Kleid statt Zorn. — **Kollege W. Münnich** e. n. Der Hans war uns ja noch niemals hold lassen wir ihn großen. Er wird auch wieder „quat!“ Und wie man tut, soll er sich ja bei den eigenen Geißen bald fertig gebrückt haben und amüsieren. — **Nach Siegen.** War für diese Fr. zu spät ist auch in der nächsten noch angebracht. — **A. Meier** e. e. Abstinenzler. Die Justizisten gegen den Alkohol werden aufgenommen, wie es die Raumverhältnisse ermöglichen.

### Sterbetafel.

**Schw. Gründ.** Unser Mitglied Maria Hoffmann starb am 17. Juni an Lungenerkrankung. — Am 26. Juni starb unsere Kollegin Clara Kutz nach längerem Leiden im Alter von 22 Jahren an der Lungenschwindsucht.

**Weiderich.** Am 30. Juni starb unser Mitglied Peter Meyer an einem Lungenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

**Ortsverwaltung Duisburg II.** Die Vertrauensmänner und Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß bis zum 15. Juli die Abrechnung erfolgt sein muß. Um den Mitgliedern wie Vertrauensmännern Gelegenheit zur Abrechnung zu geben, ist die Geschäftsstelle bis zum 22. Juli 1907 von morgens 6 bis abends 8 Uhr geöffnet. Gleichzeitig werden die Kollegen, welche Bücher geliehen haben, erucht, dieselben auf der Geschäftsstelle abzugeben. — Am Sonntag den 21. Juli findet unser diesjähriges Sommersfest im Schützenhaus statt. Karten zu 30 Pf. sind auf der Geschäftsstelle und bei den Vertrauensmännern zu haben.

#### Versammlung 3-Kalender.

**Buchholz-Großenbaum.** Sonntag den 7. Juli, nachm. 5 Uhr im Lokale Römer Mitgliederversammlung mit Vortrag.

**Dortmund (Zahlstelle).** Samstag, den 6. Juli, abends 9 Uhr im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Sonntag, den 7. Juli bei Voß, Dorfsfelderbrücke, Mitgliederversammlung.

**Düren.** Sonntag, den 7. Juli fällt die Mitgliederversammlung aus und findet dieselbe Sonntag, den 14. Juli statt. — Von 1. Juli ab dürfen jeden Freitag, abends von 6 Uhr ab Geschäftsstunden im Lokale Voß, Nölsdorf statt. Die Kollegen werden gebeten, dieselben zahlreich zu besuchen.

**Eppen (Meingewerke).** Sonntag den 6. Juli, abends 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

**Essen-Holsterhausen.** Sonntag den 7. Juli, vormittags 11 Uhr bei Hülsewiese, Hövelsenstraße.

**Essen-Erste.** Sonntag den 7. Juli, vormittags 11 Uhr bei Konina, Chausseestraße.

**Gelsenkirchen-Hüllsen.** Sonntag den 6. Juli, abends 8 Uhr Vortrags mit Vortrag bei Brox.

**Gelsenkirchen-Balunke.** Sonntag den 7. Juli, vormittags 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Welsche.

**Gladbeck.** Sonntag den 7. Juli, nachmittags 4 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus bei Nortorf.

**Hamm-Düssverwaltung.** Sonntag, den 7. Juli vorm. 11 1/2 Uhr bei Drees, Wilhelmstraße 3. Die Bedeutung der Verhältniswahl an den Gewerbegeichten.

**Hamm-Norden.** Sonntag, den 14. Juli vormittags 11 1/2 Uhr, Versammlung mit Vortrag bei Voß, Bodenweg. Unorganisierte müssen.

**Ortsgruppe Hamburg.** Der Käffier Wilhelm Swantekowski wohnt jetzt Düppelstraße 3. Die ratenden Kollegen welche nach Hamburg kommen, wolle man daraus aufmerksam machen, daß der Käffier wegen längerer Reiseunterstützung ausgestoßen ist.

**Hildenheim.** Sonnabend, 20. Juli Versammlung mit Vortrag.

**Mülheim (Rhein).** Sonntag, 14. Juli, nachm. 3 Uhr in den Anlagen des Schützenhauses Frankfurterstraße Gewerkschaftsfest. Karten im Vorverkauf 10 Pf. Kassapreis erhöht.

**München.** Ab 1. Juli er befindet sich der Arbeitsnachweis bei Koss. Geb. Wagner, Leibnitzerplatz 2, Rückgeb. II. Auszahlung der Erwerbslosen u. Reisenunterstützung von 12—1 Uhr und abends von 6—7 Uhr.

**Norden.** Sonntag, 7. Juli im Haßl'schen Gasthof. Unorganisierte eintröpfen. Die Kollegen werden gebeten, ihre Mitgliedsbücher mitzubringen.

**Olde.** Die nächste Versammlung am 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr. **Paderborn-Altenbecken.** Samstag den 7. Juli Versammlung im Vereinslokal in Paderborn, vormittags 11 Uhr. — In Altenbecken, nachmittags 3 Uhr im Teutoburger Hof. In beiden Versammlungen referiert ein Kollege aus Duisburg. Keine Teilnahme ist Ehrenpflicht.

**Ober-Schöneweide.** Sonnabend, den 13. Juli abends 8 Uhr bei Kettner Oelsch. Mitgliederversammlung mit Vortrag.

**Schwilim.** Samstag, den 6. Juli, abends 9 Uhr im Rathaus.

**Tulzbach.** Sonntag den 14. Juli, nachmittags 3 Uhr bei Seel's Hall Versammlung. Buntliches Erscheinen ist unbedingt wünschenswert.

**Wadolszell.** Reden Samstag, abends 1/2 Uhr Zahltag und Versammlung im Restaurant Spago, Dehnhoßplatz.

**Velbert.** Sonntag den 14. Juli, vormittags 11 Uhr außerordentliche Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung macht regelmäßiges Erscheinen notwendig.

**Werder.** Sonntag den 7. Juli, vormittags 11 Uhr Abrechnung, einschließlich Vorstands- und Vertretermännerberichtigung. Wichtige Beratung. Um 11 1/2 Uhr Generalversammlung des Kantors. Alle Mitglieder müssen zur Stelle sein.

**Sektion Gaff.** Sonntag den 7. Juli, vormittags um 10 Uhr bei Eicke.

**Unterroth.** Sonntag den 14. Juli, nachmittags 1/2 Uhr Versammlung im Vereinslokal. Vollzähliges Erscheinen ist Ehrenpflicht jedes Kollegen.

**Wahralungen.** Sonntag den 7. Juli, nachmittags 3 Uhr bei F. Hezel im „Löwen“. Kein Mitglied darf fehlen.